

**DBV Deutsche
Beamtenversicherung
Lebensversicherung AG
Geschäftsbericht 2009**

Spezialist für den Öffentlichen Dienst 

Kennzahlen

	2009	2008
Beitragseinnahmen in Mio. Euro		
Posten I.1.a) der Gewinn- und Verlustrechnung	1.648,9	1.337,1
Versicherungsbestand		
– laufende Beiträge in Mio. Euro*	1.040,3	1.095,1
– Anzahl der Verträge in Tausend**	1.986	2.143
Neuzugang		
– Anzahl der Verträge	88.929	138.326
– laufende Beiträge in Mio. Euro	53,7	70,7
– Einmalbeiträge in Mio. Euro	575,6	231,4
Abgang durch Storno		
– laufende Beiträge in Mio. Euro	54,6	53,2
– in Prozent der mittleren laufenden Beiträge	5,1	4,7
Leistungen zugunsten unserer Kunden in Mio. Euro	2.021	1.750
davon		
– ausgezahlte Leistungen in Mio. Euro	1.816	1.937
– Zuwachs der Leistungsverpflichtungen in Mio. Euro	205	-187
Verwaltungskosten in Prozent der Bruttobeiträge	3,9	3,7
Kapitalanlagen in Mio. Euro	16.007,5	15.981,2
– Nettoverzinsung des laufenden Geschäftsjahres in Prozent***	3,1	3,9
– Nettoverzinsung der vergangenen drei Jahre in Prozent***	3,8	4,1
Bruttoüberschuss in Mio. Euro	146,8	217,3
Jahresüberschuss in Mio. Euro	22,0	30,0
Dividendenausschüttungssumme in Mio. Euro	0	29,5
Vorabdividende in Mio. Euro	0	2,0
Dividende in Euro je Stückaktie	0	0,29
Vortrag auf neue Rechnung in Mio. Euro	22,5	0,5
Gezeichnetes Kapital in Mio. Euro	94,6	94,6
Eigenkapital in Mio. Euro	223,8	231,3

* selbst abgeschlossene Haupt- und Zusatzversicherungen

** nur selbst abgeschlossene Hauptversicherungen

*** Nettoverzinsung gemäß Verbandsformel des GDV

Inhaltsverzeichnis

Aufsichtsrat	4
Vorstand	4
Lagebericht	5
Geschäfts- und Rahmenbedingungen	5
Überblick über den Markt- und Geschäftsverlauf	6
Geschäftsergebnis	7
Bestandsentwicklung	10
Risiken der zukünftigen Entwicklung	13
Sonstige Angaben	23
Nachtragsbericht	23
Ausblick und Chancen	23
Gewinnverwendungsvorschlag	24
Bericht des Aufsichtsrates	25
Jahresabschluss	28
Bilanz zum 31. Dezember 2009	28
Gewinn- und Verlustrechnung	32
Anhang	34
Bilanzierung und Bewertungsmethoden	34
Angaben zur Bilanz	42
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	52
Überschussbeteiligung	54
Sonstige Angaben	67
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	71
Anlagen zum Jahresbericht	72
Betriebene Versicherungsarten	72
Statistische Angaben	74

Aufsichtsrat

Herbert Falk

Vorsitzender
Verwaltungsratsvorsitzender der DBV
Öffentlich-rechtliche Anstalt für Beteiligungen
Wiesbaden

Ingrid Sehrbrock

stellv. Vorsitzende
stellv. Bundesvorsitzende des
Deutschen Gewerkschaftsbundes
Bergfelde

Heidrun Feine

stellv. Betriebsratsvorsitzende der
AXA Niederlassung Wiesbaden
Wiesbaden

Bernhard Gertz

Ehrenvorsitzender des
Deutschen Bundeswehr-Verbandes
Bad Honnef

Ilse Schaad

Mitglied des Hauptvorstandes der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Berlin

Anne Schauer

stellv. Bundesvorsitzende
der Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Elz

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen

(seit 27. März 2009)
Leiter des Bereichs Politik und Planung
der ver.di-Bundesverwaltung
Köln

Hans-Jürgen Seiffert

stellv. Bundesvorsitzender der
Verkehrsgewerkschaft GDBA
Elmshorn

Frank Werneke

stellv. Bundesvorsitzender
der Gewerkschaft ver.di
Berlin

Vorstand

Dr. Frank Keuper

Vorsitzender
Konzernkommunikation, Konzernrevision,
Konzernstrategie und Portfoliosteuerung,
Informationstechnologie, Logistik

Dr. Patrick Dahmen

Rechnungswesen, Planung, Controlling, Steuern,
Risikomanagement

Thomas Gerber (seit 1. Mai 2009)

Vorsorge

Wolfgang Hanssmann

Vertrieb, Marketing

Ulrich C. Nießen

Personal, Recht und Compliance, Zentrale
Dienste

Dr. Heinz-Peter Roß (bis 30. April 2009)

Vorsorge

Dr. Heinz-Jürgen Schwering

Kapitalanlagen, Asset Liability Management

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2009 war geprägt von den weltweit anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten und der wirtschaftlichen Rezession. Die internationale Immobilien- und Bankenkrise hat die Realwirtschaft nach dem im Winterhalbjahr 2008/2009 stattgefundenen Einbruch endgültig erreicht. Als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung einer Nation spiegelt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) diese Entwicklung wider. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das BIP nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von Januar 2010 um 5 % verringert, womit das Jahr 2009 für die Wirtschaft das schwächste seit der Nachkriegszeit war. Ein Faktor für diese Entwicklung ist der herbe Rückgang der Exportleistung deutscher Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Exporte preisbereinigt um 14,7 %.

Insolvenzen namhafter und traditionsreicher Unternehmen, bedeutende Fusionen in sämtlichen Geschäftsbranchen sowie Staatshilfe für strauchelnde Unternehmen bestimmten das globale Wirtschaftsbild. Obwohl die Talfahrt an den Kapitalmärkten abgeklungen schien und sich in einen Aufschwung beträchtlichen Ausmaßes gewandelt hatte, wird das Jahr 2009 für viele Wirtschaftsbereiche als eines der schwierigsten in Erinnerung bleiben. So konnten im zweiten Quartal zwar einige Staaten für die Industrie und Wirtschaft wieder positive Wachstumsraten vorweisen, doch waren in Deutschland Kosteneinsparungen, Umstrukturierungen und Kurzarbeit vorerst für viele Unternehmen der einzig mögliche Weg zur Stabilisierung und Sicherstellung ihres Geschäftsfeldes. Der Deutsche Rettungsfonds hatte maßgeblichen Anteil an der Stabilisierung bestimmter Branchen und konnte gerade in der Automobilindustrie durch die staatliche Subventionierung des Neuerwerbs (Abwrackprämie) den Absatzeinbrüchen innerhalb der Branche sowie eines gesamten Industriezweiges entgegenwirken.

Die noch für 2008 zu verzeichnende positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wurde durch die anhaltende Schieflage deutscher Unternehmen im Jahr 2009 weiter unter Druck gesetzt. Vor dem Hintergrund des Einbruchs der Wirtschaftsleistung ist die Erwerbslosenquote im Vergleich zum Vorjahr zwar um 0,4 Prozentpunkte auf 7,6 % gestiegen. Durch Zunahme von Kurzarbeit, Abbau

von Überstunden und weitere Maßnahmen konnten die zu erwartenden Beschäftigungsverluste aber zumindest vorübergehend begrenzt werden.

Ein enormer Aufschwung war hingegen für Rohstoffe und Aktien an den weltweiten Finanzmärkten zu verzeichnen. So stieg der Deutsche Aktienindex (DAX) im Jahresverlauf 2009 um etwa 1.400 Punkte und näherte sich zum Jahresende somit wieder der Marke von 6.000 Punkten. Diese Entwicklung muss jedoch intensiv beobachtet werden, da dies keinesfalls als ein Indiz für den Scheitelpunkt der Finanzmarktkrise gesehen werden kann.

Nach dem Absturz des Ölpreises Ende 2008 verzeichneten die Rohstoffmärkte ein stetiges Wachstum. Bedingt durch die Verunsicherung bei den Anlegern und der volatilen Finanzmärkte wurden Gold und Platin intensiv gehandelt, konnten gar Rekordwerte an den Handelsplätzen erzielen und wurden zu einer bevorzugten Option bei der Geldanlage.

Die deutsche Versicherungsbranche hat sich im zweiten Krisenjahr erneut als stabiler Faktor bewiesen. Zwar litt die Branche ebenfalls unter den Auswirkungen der Finanzmarktkrise, jedoch ist sie aufgrund ihres Geschäftsmodells nicht so sehr betroffen wie andere Finanzdienstleister. So meldete der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) für das abgelaufene Geschäftsjahr 2009 ein Beitragsplus gegenüber dem Vorjahr von 3,1 % (2008: 1,0 %) auf 169,6 Mrd. Euro. Die Versicherungsleistungen der deutschen Erstversicherer stiegen im Jahr 2009 um 2,0 % (2008: 5,4 %) auf 136,9 Mrd. Euro. Diese Entwicklung verdeutlicht den hohen Stellenwert und die Notwendigkeit der Versicherungswirtschaft für die Sicherheit und Vorsorge der Bundesbürger.

Umfirmierung in DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG

Mit dem Abschluss der Integration der DBV-Winterthur in den AXA Konzern im Mai 2009 konzentrierte AXA Deutschland seine geschäftlichen Aktivitäten in der Zielgruppe Öffentlicher Dienst auf den Markennamen DBV. Aus diesem Grund wurde der Name unserer Gesellschaft in DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG geändert. Die Änderung trat mit der Eintragung in das Handelsregister am 11. Mai 2009 in Kraft.

Überblick über den Markt- und Geschäftsverlauf

Der deutsche Lebensversicherungsmarkt 2009 war durch ein starkes Wachstum der gebuchten Bruttobeiträge bei – wie im Vorjahr – gleichzeitig sinkendem Vertragsbestand gekennzeichnet. Nach den Zahlen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ist ein sinkender Neuzugang, gemessen an Vertragsabschlüssen und laufendem Beitrag, bei gleichzeitig sehr starkem Neuzugang an Einmalbeiträgen zu verzeichnen. Der Neuzugang an laufenden Beiträgen verringerte sich um 15,4%, wohingegen die Einmalbeiträge um 59,3% stiegen. Gemessen an der Anzahl der Verträge war das Neugeschäft des Marktes 2009 um 8,1% rückläufig.

Die gebuchten Beiträge der inländischen Lebensversicherer erhöhten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 6,6% auf insgesamt 81,4 Mrd. Euro. Als treibender Faktor erwiesen sich die Einmalbeiträge, die mit einem Wachstum von 57,5% den negativen Trend bei den laufenden Beiträgen von –3,5% mehr als ausgleichen konnten.

Die deutschen Lebensversicherer erzielten aus dem eingelösten Neugeschäft insgesamt 25,5 Mrd. Euro, das entspricht einer prägnanten Steigerung von 32,7%. Die laufenden Neugeschäftsbeiträge wiesen mit 5,8 Mrd. Euro einen rückläufigen Trend von 15,4% gegenüber dem Vorjahr auf. Auch bereinigt um den Effekt aus den Anpassungserhöhungen von Riester-Verträgen im Vorjahr blieb das Neugeschäftsvolumen mit 5,4 Mrd. Euro um 6,1% unter dem Vorjahreswert. Die Einmalbeiträge zeigten einen deutlichen Zuwachs von 59,3% auf 19,7 Mrd. Euro, der überwiegend auf Steigerungen in Rentenversicherungen und Kapitalisierungsprodukten basierte. Die marktweite Stornoquote stieg von 5,5% auf 6,2%.

Der **Geschäftsverlauf der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG** war 2009 – wie in der gesamten Branche – durch den steigenden Neuzugang an Einmalbeiträgen gekennzeichnet. Trotz der weiterhin schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation konnte unsere Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 22,0 Mio. Euro (2008: 30,0 Mio. Euro) ausweisen.

Im **Neugeschäft** verzeichnete unsere Gesellschaft bei den Einmalbeiträgen einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 148,7% auf 575,6 Mio. Euro, während wir im Neugeschäft mit laufenden Beitragszahlungen einen Rückgang von 24,1% auf 53,7 Mio. Euro hinnehmen mussten.

Die **Beitragseinnahmen** unserer Gesellschaft erhöhten sich im Berichtsjahr um 23,3% auf insgesamt 1,6 Mrd. Euro. Dabei nahmen die gebuchten laufenden Beiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäftes um 4,9% auf 1,0 Mrd. Euro ab. Demgegenüber haben sich die Einmalbeiträge von 234,6 Mio. Euro im Vorjahr auf 579,8 Mio. Euro mehr als verdoppelt. Der Versicherungsbestand unserer Gesellschaft, gemessen am laufenden Jahresbeitrag, verringerte sich um 5,0% und belief sich zum Jahresende 2009 auf 1,0 Mrd. Euro.

Die **Abgänge** betragen 110,7 Mio. Euro, was einem Rückgang von 16,8% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Stornoquote, bezogen auf die laufenden Bestandsbeiträge, ist von 4,7% auf 5,1% gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das **Kapitalanlageergebnis** betrug 493,6 Mio. Euro (2008: 617,8 Mio. Euro) und nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 20,1% ab. Dadurch verringerte sich die Nettoverzinsung des laufenden Jahres von 3,9% auf 3,1%.

Die **gesamten Leistungen** für unsere Kunden aus Zahlungen für Abläufe, Rückkäufe, Todes- und Heiratsfälle sowie für Renten einschließlich der zugehörigen Überschussanteile und Anteile aus der Direktgutschrift betragen 2,0 Mrd. Euro (2008: 1,9 Mrd. Euro).

Aufgrund einer höheren Steigerung der **Verwaltungskosten** im Vergleich zu den Beitragseinnahmen nahm die Verwaltungsquote gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte auf 3,9% zu.

Der **Rohüberschuss** nach Ertragsteuern betrug im Berichtsjahr 193,7 Mio. Euro (2008: 264,3 Mio. Euro). Hiervon haben wir insgesamt 171,7 Mio. Euro (2008: 234,3 Mio. Euro) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt beziehungsweise als Direktgutschrift ausgeschüttet, um sie für die Überschussbeteiligung unserer Kunden zu verwenden. Nach Steuern verblieb ein Jahresüberschuss von 22,0 Mio. Euro (2008: 30,0 Mio. Euro). Der Hauptversammlung wurde vorgeschlagen, diesen zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 552 Tsd. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Unsere Gesellschaft verfügt über hervorragende **Ratings**. Moody's hat am 20. Februar 2009 das Rating Aa3 mit stabilem Ausblick bestätigt. Ebenso hat die Ratingagentur Fitch Ratings am 22. März 2009 unsere Gesellschaft mit dem sehr guten AA- bewertet und brachte dabei ihre generelle Einschätzung des Versicherungssektors in einem negativen Ausblick zum Ausdruck. Am 30. März 2010 hat Standard & Poor's unsere Gesellschaft auf AA- (Insurers Financial Strength Rating) mit stabilem Ausblick gesetzt.

Geschäftsergebnis

Beitragswachstum von 23,3%

Die gebuchten Beiträge unserer Gesellschaft erhöhten sich im Berichtsjahr um 23,3% auf 1,6 Mrd. Euro. Hiervon entfielen 1,1 Mrd. Euro (-4,9%) auf die laufenden Beiträge und 579,8 Mio. Euro (+147,2%) auf die Einmalbeiträge. Die Steigerung der Beitragseinnahmen betraf vor allem das Einzelgeschäft (+34,0%), während die Beiträge aus dem Kollektivgeschäft um 6,6% zurückgingen. Bei den fondsgebundenen Rentenversicherungen ging das Beitragsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 6,2% zurück.

Die Steigerung der gebuchten Einmalbeiträge ist im Wesentlichen auf das Produkt winCash zurückzuführen, bei dem wir die Beitragseinnahmen auf 470,8 Mio. Euro (+380,4%) steigern konnten. Bei winCash handelt es sich um ein versicherungsförmiges Produkt zur kurz- und mittelfristigen Geldanlage, das wir im Rahmen einer umfassenden Beratung für den Ruhestand gezielt einsetzen. Priorität haben Gelder, die aus ablaufenden Verträgen kommen.

Kapitalanlageergebnis durch Abschreibungen belastet

Das gesamte Kapitalanlageergebnis – alle Erträge einschließlich Depotzinsen abzüglich aller Aufwendungen – betrug 493,6 Mio. Euro (2008: 617,8 Mio. Euro) und nahm damit gegenüber dem Vorjahr um -20,1% ab.

Das ordentliche Kapitalanlageergebnis beläuft sich dabei nach Abzug von Verwaltungs- und Finanzkosten auf 668,6 Mio. Euro (2008: 662,2 Mio. Euro). Dieses im Vergleich zum Vorjahr leicht höhere Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus Erträgen von Hypothekendarlehen und höher verzinslichen Unternehmensanleihen.

Das außerordentliche Ergebnis betrug -175,0 Mio. Euro (2008: -44,5 Mio. Euro). Dabei entfielen 32,9 Mio. Euro auf Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen (davon 10,6 Mio. Euro auf Ausleihungen an verbundene Unternehmen und 9,5 Mio. Euro aus Investmentfonds). Dem stehen Verluste von 79,4 Mio. Euro gegenüber, die im Wesentlichen auf Abgänge im Bereich Investmentfonds zurückzuführen sind.

Unsere Gesellschaft hat insgesamt 139,3 Mio. Euro außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, von denen der größte Anteil von 67,0 Mio. Euro auf Investmentfonds und 58,7 Mio. Euro auf Namensgenussscheine entfielen. Die Zuschreibungen auf Kapitalanlagen beliefen sich auf 10,8 Mio. Euro, davon 10,3 Mio. Euro auf Investmentfonds.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen einschließlich der Depotforderungen verringerte sich auf 3,1% (2008: 3,9%).

Verwaltungskostenquote von 3,9%

Die Abschluss- und Verwaltungskosten unserer Gesellschaft betragen im Berichtsjahr insgesamt 164,0 Mio. Euro; dies entspricht einer Erhöhung von 8%.

Die gegenüber dem Vorjahr um 2,8% geringeren Abschlusskosten von 99,8 Mio. Euro stehen einer um 5,9% rückläufigen Beitragssumme im Neugeschäft gegenüber. Dadurch erhöhte sich die Abschlusskostenquote – das Verhältnis der Abschlussaufwendungen zur Beitragssumme des Neugeschäftes – um 0,1 Prozentpunkte auf 6,0%.

Die Verwaltungskosten unserer Gesellschaft nahmen um 30,6% auf 64,3 Mio. Euro zu. Bei einer gleichzeitigen Erhöhung der gebuchten Beiträge um 23,3% lag die Verwaltungskostenquote mit 3,9% um 0,2 Prozentpunkte über dem Vorjahr.

2,0 Mrd. Euro Leistungen für unsere Kunden

Die Leistungen an unsere Kunden für Abläufe, Rückkäufe, Todes- und Heiratsfälle sowie für Renten einschließlich der zugehörigen Überschussanteile und Anteile aus der Direktgutschrift verringerten sich um 6,2% auf 1,8 Mrd. Euro (2008: 1,9 Mrd. Euro). Der Anteil der vertragsgemäßen Abläufe lag bei etwa 69%, der Anteil der Rückkäufe bei 16% sowie der Renten- und Berufsunfähigkeitsleistungen bei 10%. Der Rest von etwa 6% entfiel auf Leistungen für Todes- und Heiratsfälle.

Den Rückstellungen für Leistungsverpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern (Deckungsrückstellung, Überschussguthaben und Rückstellung für Beitragsrückerstattung) führten wir 205,0 Mio. Euro (2008: Entnahme von 187,0 Mio. Euro) zu.

Insgesamt betragen die Leistungen für unsere Kunden 2,0 Mrd. Euro (+15,5%). Die Rückstellungen für Leistungsverpflichtungen beliefen sich am Ende des Berichtsjahres auf insgesamt 16,1 Mrd. Euro (+1,3%).

Deckungsrückstellung für Rentenversicherungen

Bei der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) werden die Untersuchungen zur Sterblichkeit in der Rentenversicherung durch Berücksichtigung neuer Daten laufend aktualisiert, da eine Fortsetzung des Trends zu weiter steigenden künftigen Lebenserwartungen nicht ausgeschlossen werden kann. Auch unsere eigenen Versicherungsbestände werten wir entsprechend aus. Für unseren Bestand an Rentenversicherungen, die nicht nach der aktuellen Sterbetafel 2004 R kalkuliert wurden, musste deren Deckungsrückstellung unter Berücksichtigung der aktuellen Empfehlung der DAV und der bis Ende 2008 bereits erfolgten Verstärkungen nicht weiter aufgefüllt werden. Zur Ermittlung der zusätzlichen Deckungsrückstellung erfolgte einzelvertraglich eine Vergleichsrechnung mit dem Wert, der sich unter Berücksichtigung eines aktuariell angemessenen Sterblichkeitstrends in der Sterbetafel DAV 2004 R-B ergab. Positive Differenzen zwischen Vergleichsreserve und ursprünglicher Reserve wurden unter Verwendung der unternehmensindividuellen Kapitalwahlrechtsquoten und Stornoquoten aufgefüllt.

Stabile Überschussbeteiligung

Bei der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung wird die laufende Verzinsung (Garantieverzinsung plus Zinsüberschussanteil) für das Jahr 2010 unverändert 4,0% betragen; einschließlich des Schlussgewinnanteils ergibt sich eine Gesamtverzinsung von bis zu 4,8%.

Die Überschussanteilsätze für die einzelnen Tarife sind im Anhang auf den Seiten 54 bis 66 dargestellt.

Steuerliche Sondereffekte

Aufgrund steuerlicher Sondereffekte konnte ein Steuerertrag von 51 Mio. Euro (2008: 19 Mio. Euro) realisiert werden. Der Ertrag resultiert im Wesentlichen aus der Aktivierung von latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz aus Vorjahren. Die sonstigen Steuern weisen einen Aufwand von 804 Tsd. Euro (2008: 666 Tsd. Euro) aus.

Jahresüberschuss von 22 Mio. Euro

Unsere Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr nach der Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrück-
erstattung und nach Steuern einen Jahresüber-
schuss von 22,0 Mio. Euro (2008: 30,0 Mio. Euro).
Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss
einschließlich Gewinnvortrag auf neue Rechnung
vorzutragen.

Eigenkapitalausstattung

Die Eigenkapitalausstattung unserer Gesellschaft
zum 31. Dezember 2009 betrug 223,8 Mio. Euro.
Das waren 7,5 Mio. Euro weniger als am Ende des
Vorjahres. Unser Eigenkapital setzt sich wie folgt
zusammen:

Eigenkapitalausstattung

	2009 Mio. Euro	2008 Mio. Euro
Gezeichnetes Kapital	94,6	94,6
Kapitalrücklagen	46,3	46,3
Gewinnrücklagen	60,4	60,4
Bilanzgewinn	22,6	30,0
Eigenkapital	223,9	231,3

Bestandsentwicklung

Versicherungsbestand: knapp 2 Mio. Verträge

Bei einem Volumen von 43,2 Mrd. Euro Versicherungssumme verringerte sich der Bestand um 3,3%. Die Zahl der von unserer Gesellschaft betreuten Verträge betrug zum Jahresende 1.986.158 Stück. Gemessen am laufenden Jahresbeitrag belief sich unser Versicherungsbestand auf 1,0 Mrd. Euro. Das sind 5,0% weniger als ein Jahr zuvor.

Den Schwerpunkt unseres gesamten Bestandes bilden mit einem Anteil von 40,8% die Einzelkapitalversicherungen, auch wenn ihr Volumen gemessen am laufenden Beitrag um 6,7% auf 424,7 Mio. Euro zurückging. Dahinter nehmen mit einem Anteil von 28,0% die Kollektivversicherungen die zweite Position ein. Ihr Bestand verringerte sich im Berichtsjahr um 2,6% auf 291,0 Mio. Euro. Der Bestand an Rentenversicherungen nahm um 4,1% auf 245,4 Mio. Euro ab.

Bestand nach Versicherungsart

	lfd. Beitrag Mio. Euro	Anteil 2009 %	Anteil 2008 %
Einzelkapitalversicherungen	424,7	40,8	41,6
Risikoversicherungen	30,5	2,9	2,9
Rentenversicherungen	245,4	23,6	23,4
Fondsgebundene Versicherungen	48,7	4,7	4,9
Kollektivversicherungen	291,0	28,0	27,3
Gesamt	1.040,3	100,0	100,0

Neuzugang nach Versicherungsart

	lfd. Beitrag Mio. Euro	Anteil 2009 %	Anteil 2008 %
Einzelkapitalversicherungen	11,4	21,2	17,5
Risikoversicherungen	2,4	4,4	3,6
Rentenversicherungen	18,3	34,1	29,6
Fondsgebundene Versicherungen	0,6	1,2	11,3
Kollektivversicherungen	21,0	39,1	38,1
Gesamt	53,7	100,0	100,0

Neuzugang: hohes Wachstum bei Einmalbeiträgen

Der im Geschäftsjahr 2009 neu abgeschlossene laufende Jahresbeitrag unserer Gesellschaft betrug 53,7 Mio. Euro. Er lag damit um 24,1% unter dem des Vorjahres. Die neu abgeschlossenen Einmalbeiträge stiegen bei unserer Gesellschaft im Geschäftsjahr 2009 um 148,7% auf 575,6 Mio. Euro. Die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge verringerte sich um 35,7% auf 88.929 Stück. An der Versicherungssumme gemessen, verringerte sich der Neuzugang um 17,3% auf 2,8 Mrd. Euro. Die aus dem Neuzugang resultierende Gesamtbeitragssumme – definiert als laufender Jahresbeitrag multipliziert mit der Beitragszahlungsdauer zuzüglich der Einmalbeiträge – belief sich im Berichtsjahr auf 1,6 Mrd. Euro (2008: 1,7 Mrd. Euro).

Zum Neugeschäftsvolumen trugen die einzelnen Versicherungsarten mit unterschiedlichen Anteilen bei. Mit 21,0 Mio. Euro laufendem Beitrag nahmen die Kollektivversicherungen den größten Anteil am gesamten Neuzugang ein. Ihr Anteil am Neugeschäft betrug 39,1% (2008: 37,2%). Den zweithöchsten Anteil verbuchten die Rentenversicherungen mit 34,1% (2008: 30,5%). Hier betrug das neu abgeschlossene Volumen im Berichtsjahr 18,3 Mio. Euro laufender Beitrag. Die Einzelkapitalversicherungen kamen auf ein neu abgeschlossenes Volumen von 11,4 Mio. Euro laufendem Beitrag. Das entspricht einem Anteil am Neuzugang von 21,2%. Das Neugeschäft der fondsgebundenen Versicherungen erreichte mit 0,6 Mio. Euro laufendem Neugeschäftsbeitrag einen Anteil am gesamten Neuzugang von 1,2%.

Abgang: Stornoquote von 5,1%

Im Berichtsjahr verzeichneten wir einen Abgang an laufenden Jahresbeiträgen von 110,7 Mio. Euro (-16,8%). Daran hatten die vertragsmäßigen Abläufe einen Anteil von 45,7%. Sie nahmen damit, gemessen an den laufenden Jahresbeiträgen, um 1,3% auf 50,6 Mio. Euro ab. Die Abgänge durch Tod oder Heirat lagen mit 5,0 Mio. Euro laufendem Jahresbeitrag auf dem Niveau des Vorjahres.

Die vorzeitigen Abgänge (Rückkäufe, Umwandlungen in beitragsfreie Versicherungen sowie sonstige vorzeitige Abgänge) sind im Berichtsjahr um 2,8% auf insgesamt 54,6 Mio. Euro gestiegen. Den größten Anteil an den vorzeitigen Abgängen hatten mit 18,3 Mio. Euro die Einzelkapitalversicherungen. Unsere Stornoquote ist von 4,7% im Vorjahr auf 5,1% gestiegen.

Kapitalanlagebestand wächst um 20 Mio. Euro

Die Folgen der schwerwiegendsten Finanzmarktkrise der Nachkriegszeit im Vorjahr waren auch 2009 noch deutlich spürbar. Die bereits im ersten Halbjahr 2009 zu verzeichnende Erholung an den internationalen Kapitalmärkten setzte sich im weiteren Verlauf bis zum Jahresende fort. Die Aktienmärkte legten im Laufe des Jahres signifikant zu, und die stetig gesunkenen Risikoaufschläge auf Unternehmensanleihen und das gesunkene Zinsniveau führten zu einem deutlichen Wertanstieg bei festverzinslichen Wertpapieren. Negativ wirkten sich ansteigende Risikoaufschläge auf nachrangige Kapitalanlagen aus.

Der Deutsche Aktienindex (DAX) notierte im Dezember 2009 mit 5.957 Punkten und verzeichnete somit im Vergleich zum Jahresanfang einen Zuwachs von 23,8%. Der europäische Aktienmarkt konnte zum Jahresende gemessen am EuroStoxx 50 einen ähnlichen Zuwachs von 21,0% auf 2.966 Punkte aufweisen. Der für den amerikanischen Aktienmarkt repräsentative S & P 500-Index notierte ebenfalls um 23,5% höher als zu Jahresbeginn.

Während im vergangenen Geschäftsjahr die Leitzinsen im US-Raum unverändert bei 0% bis 0,25% blieben, war infolge der Rezession ein weiteres Absinken der Zinsen im Euro-Raum zu beobachten. Die Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB) erfolgten schrittweise in der ersten Jahreshälfte. Zuletzt senkte die EZB im Mai das Zinsniveau auf 1%. Damit wurde ein historischer Tiefstand erreicht. Auch der Zinssatz für zehnjährige Bundesanleihen stieg unter Schwankungen von 2,95% Anfang 2009 auf 3,32% Ende Dezember.

Die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung hat auf die Erholung der Kapitalmärkte entsprechend reagiert und durch ein ausgewogenes Kapitalanlagenportfolio die an ihre Kunden gegebenen Leistungsversprechen erfüllt. Zudem nutzte unsere Gesellschaft die Vorteile als Unternehmen eines internationalen Versicherungskonzerns, um die zur Verfügung stehenden Mittel in Kapitalanlagen mit attraktiven Konditionen zu investieren.

Im Geschäftsjahr 2009 haben wir verstärkt Investitionen in Staatsanleihen, Kommunalobligationen und hoch geratete Unternehmensanleihen in Euro und US-Dollar getätigt. Des Weiteren wurde das Aktienexposure durch Verkäufe im Vergleich zum Vorjahr nochmals leicht reduziert, sodass sich der Anteil der Aktien einschließlich Beteiligungen und alternativen Investments an den Marktwerten gemessen auf 3,7% (2008: 4,9%) beläuft.

Buchwerte der Kapitalanlagen

in Mio. Euro	2009	2008
Grundbesitz	273	292
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen inkl. Ausleihungen	348	258
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.023	4.296
Festverzinsliche Wertpapiere	518	522
Hypotheken	3.189	3.180
Schuldscheindarlehen, Namenspapiere und übrige Ausleihungen	7.250	7.118
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	72	156
Andere Kapitalanlagen	100	0
Einlagen bei Kreditinstituten	210	141
Summe	15.983	15.963

Zeitwerte der Kapitalanlagen

in Mio. Euro	2009	2008
Grundbesitz	350	371
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen inkl. Ausleihungen	365	268
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.909	3.956
Festverzinsliche Wertpapiere	497	478
Hypotheken	3.332	3.299
Schuldscheindarlehen, Namenspapiere und übrige Ausleihungen	7.139	7.535
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	72	156
Andere Kapitalanlagen	105	0
Einlagen bei Kreditinstituten	210	141
Summe	15.979	16.204

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug am Jahresende 12.473,7 Mio. Euro, die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes selbiger Kapitalanlagen 12.467,0 Mio.

Euro. Hieraus ergibt sich ein Saldo von –6,7 Mio. Euro, sodass zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 keine verteilungsfähigen Bewertungsreserven vorlagen.

Zu- und Abgänge der Kapitalanlagen

in Mio. Euro	Zugänge	Abgänge	Saldo
Grundbesitz	1	9	–8
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen inkl. Ausleihungen	214	114	100
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	378	594	–216
Festverzinsliche Wertpapiere	35	40	–5
Hypotheken	276	264	12
Schuldscheindarlehen, Namenspapiere und übrige Ausleihungen	603	418	186
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	24	108	–85
Andere Kapitalanlagen	100	0	100
Einlagen bei Kreditinstituten	69	0	69
Summe	1.700	1.547	152

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Darlehen als ein Wertpapier-Pensionsgeschäft ausgegeben in Höhe von 100 Mio. Euro. Der Bilanzausweis erfolgt unter „Andere Kapitalanlagen“.

Das gesamte Neuanlagevolumen unserer Gesellschaft im Berichtsjahr betrug – ohne Einlagen bei Kreditinstituten – 1,6 Mrd. Euro (2008: 1,1 Mrd. Euro). Innerhalb der Neuanlagen bildeten Schuld-scheindarlehen und Namenspapiere mit 603 Mio. Euro, Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit 378 Mio. Euro sowie Hypotheken mit 276 Mio. Euro die Schwerpunkte.

Der Bestand an Rentenpapieren, inklusive der in festverzinsliche Wertpapiere investierten Investmentanteile, betrug im vergangenen Jahr 15,0 Mrd. Euro oder 93,6% der gesamten Kapitalanlagen. Der überwiegende Teil der Aktien wurde in Spezialfonds gehalten, die auf Aktieninvestments ausgerichtet sind, jedoch auch einen begrenzten Anteil an Renteninvestments beinhalten. Insgesamt sank – bedingt durch die Teilrückgabe von Anteil-scheinen und der strategischen Asset Allocation – die Aktienquote auf Buchwertbasis, die nur die reinen Aktien- und keine Rentenanteile berücksichtigt, von 2,4% auf 1,3%. Gemessen an den Marktwerten verringerte sich diese Quote von 1,8% auf 1,2%.

Bewertungsreserven rückläufig

Die Bewertungsreserven als Differenz zwischen dem aktuellen Marktwert und dem Buchwert beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf –4,0 Mio. Euro (2008: +241,7 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung von gezahlten Agien und Disagien bei zu Nennwerten bilanzierten Kapitalanlagen ergibt sich eine Bewertungsreserve von +28,0 Mio. Euro (2008: +261,4 Mio. Euro). Der Zeitwert unseres gesamten Portfolios ist damit im Geschäftsjahr 2009 um 225,0 Mio. Euro gesunken, was insbesondere auf den Anstieg der Risikozuschläge auf nachrangige Kapitalanlagen zurückzuführen ist.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung unseres Unternehmens beruhen in erster Linie auf Planungen, Prognosen und Erwartungen. Dementsprechend kommen insbesondere in der Berichterstattung über die Risiken und die künftige Entwicklung der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung allein unsere Annahmen und subjektiven Ansichten zum Ausdruck.

Wie vom Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) gefordert, verfügen wir über ein Risikomanagementsystem, „damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden“.

Als Risiko wird gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles verstanden. Dies schließt die Risikodefinition des Deutschen Rechnungslegungs-Standards zur Risikoberichterstattung (DRS 5-20) ein, innerhalb dessen Risiken als negative künftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zur Situation am Bilanzstichtag definiert sind.

Grundsätzlich kann zwischen folgenden Risiken unterschieden werden:

- versicherungstechnische Risiken,
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft,
- Risiken aus Kapitalanlagen,
- operationale und sonstige Risiken.

Im Folgenden werden unsere Organisationseinheiten des Risikomanagements und der Risikomanagementprozess aufgezeigt. Darüber hinaus wird unsere Risikosituation insbesondere entsprechend dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) dargestellt.

Organisationseinheiten des Risikomanagements

Das Risikomanagement der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung ist in das konzernweite Risikomanagementsystem der AXA Deutschland eingebunden.

Aufgrund der Komplexität des Versicherungsgeschäftes ist die Risikomanagementfunktion unserer Gesellschaft auf verschiedene Organisationseinheiten und Gremien verteilt. Kontrollgremium ist der Aufsichtsrat als den Vorstand überwachendes Organ. Der Vorstand wie auch das Risikokomitee als Gremium des Gruppenvorstandes sind zuständig für die risikopolitische Ausrichtung der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung sowie die Implementierung eines funktionierenden, angemessenen Risikomanagements und dessen Weiterentwicklung. Darüber hinaus existiert die Risikorunde als zentrales Kommunikationsgremium für Risikothemen auf Geschäftsbereichsebene und das Compliance and Operational Risk Committee als zentrales Kommunikationsgremium für Themen zu Compliance- und operationalen Risiken. Zusätzlich werden risikorelevante Themen in diversen Spezialgremien, wie zum Beispiel dem Business Continuity Management Committee und dem Asset Liability Committee, besprochen.

Zur Risikomanagementfunktion gehörende Organisationseinheiten sind

- der Bereich Value & Risk Management (zentrales Risikomanagement),
- die Risikoverantwortlichen für die Steuerung und Kontrolle der Risiken in ihrem jeweiligen Unternehmensbereich (dezentrales Risikomanagement),
- der dezentrale Risikomanager pro Ressort für die Koordination aller risikorelevanten Themen innerhalb des Ressorts und
- der Verantwortliche Aktuar sowie
- die Interne Revision als unabhängige Prüfinstanz.

Der Chief Risk Officer der AXA Deutschland stellt die zeitnahe Kommunikation risikorelevanter Themen durch regelmäßige Berichterstattung an das Risikokomitee innerhalb der Gremiensitzungen bzw. ad-hoc sicher.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung erfolgt unter Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und innerbetrieblicher Vorgaben. Der Risikomanagementprozess unserer Gesellschaft setzt sich aus Risikoidentifikation, Analyse und Bewertung, Risikosteuerung und Überwachung sowie Risikokommunikation/Berichterstattung zusammen.

Risikoidentifikation: Die vollständige Erfassung aller Risiken erfolgt in Form von Risikopolicen. Hierbei werden die identifizierten wesentlichen Risiken inklusive deren aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen dokumentiert. Die regelmäßige Risikoidentifikation erfolgt innerhalb der mindestens quartalsweise stattfindenden Risikogremiensitzungen, durch die Aktualisierung der Risikopolicen und im Rahmen der strategischen Planung. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Ad-hoc-Berichterstattung direkt an das zentrale Risikomanagement. Risiken neuer Kapitalmarkt- und Versicherungsprodukte werden im Rahmen des standardisierten Product Approval Process (PAP) von dem Bereich Value & Risk Management unabhängig auf alle wesentlichen internen und externen Risikoeinflussfaktoren untersucht sowie deren Auswirkungen auf das Gesamtrisikoprofil bewertet. Des Weiteren gibt es zur Identifikation operativer Risiken einen jährlichen Risikoerhebungsprozess auf Basis einer Befragung der Vorstandsmitglieder und des Topmanagements und einer Bewertung von den jeweiligen operativen Ansprechpartnern.

Risikoanalyse und -bewertung: Alle wesentlichen quantifizierbaren Risiken im Sinne des Solvency II-Ansatzes werden mithilfe der Methodik des ökonomischen Risikokapitalmodells bewertet. Für alle anderen wesentlichen Risiken erfolgen eine qualitative Einschätzung und zum Teil eine quantitative Bewertung außerhalb des Risikokapitalmodells.

Risikosteuerung: Unter Risikosteuerung wird die Umsetzung von konkreten Maßnahmen zur Bewältigung der Risikosituation der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung zusammengefasst. Dazu zählen Risikovermeidung, -minderung, -absicherung/-weitergabe und Tragen/bewusste Inkaufnahme. Die Entscheidung, welche

Maßnahme im speziellen Fall durchgeführt wird, erfolgt durch Abwägung des Risikos/Ertragsprofils sowie durch Beachtung der Risikotragfähigkeit bzw. der Bereitschaft des Vorstandes, bestimmte Risiken zu übernehmen.

Risikoüberwachung und Kommunikation: Die Risikoüberwachung erfolgt im Rahmen des Risikomanagements, zum Beispiel durch Nachverfolgung von Frühwarnindikatoren. Neben der Ergebnisberichterstattung des ökonomischen Risikokapitals wird auf Konzernebene regelmäßig ein Risikobericht verfasst, der den Vorständen der Versicherungsgesellschaften vorgelegt und an das dezentrale Risikomanagement, das Audit Committee und die Aufsichtsbehörde übermittelt wird. Zusätzlich sind sofortige Berichterstattungspflichten, beispielsweise bei Erreichen definierter Schwellenwerte, implementiert. Risikorelevante Themen werden darüber hinaus im Rahmen des quartalsweisen Risikokomitees besprochen, die zuvor innerhalb der ebenfalls quartalsweise stattfindenden Risikogremiensitzungen Risikorunde und Compliance and Operational Risk Committee diskutiert worden sind.

Versicherungstechnische Risiken

Die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung betreibt im Lebensversicherungsgeschäft hauptsächlich konventionelle Kapital-, Risikolebens- und Rentenversicherungen, ergänzt um fondsgebundene Versicherungen sowie Berufsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen.

Die spezifischen Risiken aus dem Lebensversicherungsgeschäft aus Unternehmenssicht sind biometrische Risiken, Risiken aus Kundenverhalten sowie Kosten- und Zinsgarantierisiken. Ferner bestehen noch spartenspezifische Risiken aus Rechtsprechung und Gesetzgebung.

Biometrische Risiken

Biometrische Risiken entstehen aus Veränderungen biometrischer Annahmen wie Sterblichkeit und Berufsunfähigkeit. Sinkende Sterblichkeiten, bewirkt z. B. durch verbesserte medizinische Versorgung, führen bei Kapital- und Risikoversicherungen zu einer Erhöhung der Marge, andererseits erzwingt dieser Trend bei Rentenversicherungen

zusätzliche Leistungen. Eine Erhöhung der Sterblichkeit, etwa hervorgerufen durch Epidemien, hätte wiederum einen gegenläufigen Effekt. Das Risiko in der Berufsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung besteht darin, dass sich die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten durch Veränderungen der Berufsunfähigkeitsgründe oder die Verstärkung bestehender Ursachen erhöhen. Die Leistungen unterliegen neben medizinischen und juristischen Veränderungen zusätzlich sozialen und konjunkturellen Entwicklungen, die sich als Belastungen oder Entlastungen realisieren können.

Unsere Gesellschaft steuert biometrische Risiken durch ihre Produktgestaltung, Zeichnungspolitik und Rückversicherungsverträge. Im Rahmen des Prozesses zur Gestaltung neuer bzw. Anpassung bestehender Produkte werden Risiken identifiziert, bewertet und es wird, sofern notwendig, eine Anpassung der Produktkalkulation vorgenommen. Durch die Zeichnungspolitik wird eine risikogerechte Tarifierung sichergestellt. Je nach Ergebnis der medizinischen und finanziellen Risikoprüfungen wird dem Kunden nur unter Akzeptanz eines Beitragszuschlags bzw. eines Risikoausschlusses ein Versicherungsvertrag angeboten. Zusätzlich werden bei hohen Einzel- und Kumulrisiken sowie bei Katastrophenrisiken Rückversicherungsverträge zur Beschränkung der Leistungsbelastung abgeschlossen. Bei Berufsunfähigkeitsversicherungen wird das biometrische Risiko durch die Leistungsprüfung auf die vertraglichen Zusagen beschränkt. Hierbei wird zum einen ausführlich geprüft, ob der Leistungsfall eingetreten ist, zum anderen werden Hilfestellungen für eine schnelle Rückkehr des Versicherungsnehmers in das Berufsleben erteilt.

Für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden im Wesentlichen die bei Vertragsabschluss aktuellen von der Aufsichtsbehörde bzw. der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) empfohlenen Sterbetafeln verwendet. Alle in den Versicherungsverträgen zugesagten Leistungen werden dem Grundsatz der Vorsicht entsprechend berücksichtigt. Durch regelmäßige Überprüfung der Deckungsrückstellungen wird ein möglicher Anpassungsbedarf frühzeitig erkannt. Mit Ausnahme folgender Teilbestände werden die verwendeten Wahrscheinlichkeitstabellen von der Aufsichtsbehörde und der DAV als ausreichend

für die Berechnung der Deckungsrückstellung angesehen. Sie enthalten nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars für die Gesellschaft angemessene Sicherheitsspannen. Für den Bestand an Rentenversicherungen, die nicht nach der aktuellen Sterbetafel DAV 2004 R kalkuliert sind, wurde unter Berücksichtigung der aktuellen Empfehlungen der DAV im Jahr 2008 die Deckungsrückstellung verstärkt – eine weitere Verstärkung war Ende 2009 nicht erforderlich. Die Deckungsrückstellung des Bestandes an Berufsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen, die nicht nach den aktuellen Tafeln DAV 1997 I, TI und RI kalkuliert wurden, musste nicht weiter gestärkt werden. Die Entwicklung der Sterblichkeit und der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten wird auch weiterhin laufend analysiert.

Risiken aus Kundenverhalten

Risiken aus dem Verhalten von Versicherungsnehmern resultieren vor allem aus dem Stornorisiko und dem Risiko aufgrund des Kapitalwahlrechts bei Rentenversicherungen.

Das Stornorisiko wird vom Verhalten der Versicherungsnehmer beeinflusst, da sie zum Beispiel ihre Beitragszahlung einstellen oder den Vertrag kündigen können. Rationales Verhalten vorausgesetzt, werden Lebensversicherungskunden mit einer Kapital- oder Risikoversicherung, deren Gesundheit sich während der Vertragslaufzeit verschlechtert, mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit kündigen. Hierdurch könnte die Gefahr einer negativen Risikoselektion entstehen. Andererseits kann eine Kapitalmarktentwicklung zu verstärkten Rückkäufen führen, um den ausgezahlten Betrag mit einer höheren Rendite zu reinvestieren. Das sich bei unerwartet hohen Storni ergebende Risiko von Mittelabflüssen kann bei großem Volumen zu Liquiditätsengpässen, einer Beeinträchtigung der Kapitalanlagenstruktur und der Erträge aus den Kapitalanlagen führen.

Die Stornoquoten in der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung und in der Branche werden permanent beobachtet. Insbesondere wird derzeit eine Überwachung des Stornoverhaltens als Folge der Finanzmarktkrise verstärkt durchgeführt. Die Veränderung der Stornoquoten war in der Vergangenheit jedoch begrenzt, sodass das resultierende Risiko als niedrig einzuschätzen ist.

Bei anwartschaftlichen Rentenversicherungen hat der Kunde zum Zeitpunkt der Verrentung ein Kapitalwahlrecht. Dieses Risiko wird durch die Produktgestaltung beschränkt. Das angenommene Kundenverhalten wird bei der Verstärkung der Deckungsrückstellung bei Rentenversicherungen mit älteren Rechnungsgrundlagen berücksichtigt. Derzeit wird das Risiko aufgrund des Kapitalwahlrechts als gering betrachtet. Es könnte aber steigen, falls sich herausstellt, dass sich das Kundenverhalten systematisch ändert. Aus diesem Grund erfolgt eine regelmäßige Überwachung des Kundenverhaltens.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten durch die einkalkulierten Kosten dauerhaft nicht finanziert werden können. Die Überwachung des Kostenrisikos erfolgt durch ein umfassendes Kostencontrolling.

Zinsgarantierisiko

Das professionelle Management der Zinsgarantien stellt eine Kernherausforderung im Rahmen des Asset Liability Managements dar. Während die derzeitige Nettoverzinsung der Kapitalanlagen aufgrund von Abschreibungen unter dem durchschnittlichen Rechnungszins des Bestandes liegt, wird die im Rahmen der Unternehmensplanung erwartete Rendite für die Folgejahre im Sinne von § 5 Abs. 3 der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) wieder deutlich darüber liegen. Sollte die künftig erwartete Nettoverzinsung nicht nur vorübergehend unter den durchschnittlichen Rechnungszins des Bestandes sinken, wäre die Deckungsrückstellung unter Berücksichtigung der künftig erwarteten Nettoverzinsung aufzufüllen.

Bei fondsgebundenen Versicherungen ohne Garantieteile bemisst sich die Versicherungsleistung an der Entwicklung des zugrunde liegenden Fonds. Hieraus ergibt sich für die Lebensversicherer kein Kapitalanlagerisiko, da die Höhe der Verpflichtung gegenüber den Versicherungsnehmern stets mit dem Wert des Fondsvermögens übereinstimmt. Soweit unsererseits Garantien bei fondsgebundenen Produkten ausgesprochen wurden, gelten die Aussagen zu Zinsgarantien konventioneller Produkte.

Risiken aus Gesetzesänderungen

Die Deckungsrückstellung eines Versicherungsvertrages muss mindestens der Höhe des Rückkaufwertes entsprechen. Änderungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung, die eine Erhöhung des Rückkaufwertes bewirken, führen daher auch zu einer Erhöhung der Deckungsrückstellung für den betroffenen (Teil-)Bestand. So ist nicht auszuschließen, dass sich aus Gesetzgebung und Rechtsprechung eine extensive Interpretation der vom Bundesgerichtshof zu den Rückkaufswerten am 12. Oktober 2005 und 26. September 2007 ergangenen Urteile entwickeln könnte, woraus zusätzliche, bisher nicht berücksichtigte Leistungen resultieren würden. Für möglicherweise sich hieraus ergebende Aufwendungen wurden unter Abschätzung der Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme angemessene Rückstellungen gebildet.

Durch eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts München vom 15. März 2007 wurde eine Diskussion über die in der Kalkulation betrieblicher Altersvorsorgeprodukte angewandten marktüblichen Verrechnungsverfahren von Abschlusskosten ausgelöst. Das Landesarbeitsgericht Köln hat am 13. August 2008 gegenteilig entschieden. Gegen dieses Urteil wurde Revision eingelegt. Vor diesem Hintergrund sowie unter Berücksichtigung unserer ohnehin vorhandenen Produkthaftung hatten wir in den Jahren 2007 und 2008 eine Garantieerklärung für die jeweils aktuelle Produktpalette abgegeben. Durch diese Erklärung werden die Arbeitgeber von allen Zahlungen freigestellt, falls sie aufgrund einer Entgeltumwandlung im Rahmen unserer Produkte der aktuellen Tarifgeneration im Wege der Klage eines/einer ausgeschiedenen Arbeitnehmers/Arbeitnehmerin zur Auffüllung des Rückkaufwertes gerichtlich verurteilt werden. Dies erfolgt jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die aktuellen Antragsformulare und Entgeltumwandlungsvereinbarungen verwendet werden, die den/die Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin umfassend darüber aufklären, welche Auswirkungen die in seiner/ihrer Lebensversicherung vorgesehene Abschlusskostenverrechnung auf die Höhe des Rückkaufwertes hat, und diese Beratung entsprechend protokolliert wird. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat nun mit Urteil vom 15. September 2009 abschließend festgestellt, dass die Verteilung von Abschlusskosten über fünf Jahre zulässig ist. Eine Haftung könnte sich daher für uns nur aus den in 2007 abgegebenen

Freistellungserklärungen bis längstens 2011 ergeben. Auch bei Verwendung voll geillmerter Tarife liegt kein Verstoß gegen die Wertgleichheit vor. Es kann jedoch eine unangemessene Benachteiligung im Sinne des § 307 BGB vorliegen. Hieraus käme ein Anspruch des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber auf eine höhere Versorgung in Betracht.

Mögliche anderslautende gerichtliche Einschätzungen unserer Umsetzung der VVG-Reform könnten rückwirkende Auswirkungen auf unsere Leistungsverpflichtungen haben.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 29. Juli 2009 ein Urteil zu einer Ratenzahlungsvereinbarung in einem Altersvorsorgevertrag erlassen. Es handelte sich dabei um ein wettbewerbsrechtliches Verfahren zu der Frage, ob der Versicherer sich auf eine bestimmte Klausel zu Ratenzahlungszuschlägen berufen darf, wenn der effektive Jahreszins nicht ausgewiesen wird. Das Urteil lässt die relevanten Fragen offen, da es sich lediglich um ein Anerkenntnisurteil und damit nicht um eine Grundsatzentscheidung handelt. Darüber hinaus liegen keine Urteilsgründe vor. Wie die im Verfahren aufgeworfenen Fragen letztendlich zu beurteilen sind, kann nur ein weiteres höchstgerichtliches Urteil zeigen. Welche Entscheidung zu erwarten ist, kann nicht vorhergesagt werden.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die fälligen Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern (insbesondere aus Beitragsforderungen) sowie die Ansprüche gegenüber Versicherungsvermittlern (insbesondere aus Konsortialgeschäft) betragen zum Bilanzstichtag 47,3 Mio. Euro. Davon entfielen 3,5 Mio. Euro auf Forderungen, die älter als 90 Tage sind. Aufgrund der Wirtschaftskrise ist das Risiko eines höheren Forderungsausfalls bzw. eines vermehrten Zahlungsverzuges für die Zukunft nicht auszuschließen. Zur Risikoversorgung wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Kunden und Vermittler um Wertberichtigungen von 0,1 Mio. Euro vermindert.

Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden durch ein IT-unterstütztes Inkasso- und Mahnsystem gesteuert.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung verwaltet 15,98 Mrd. Euro (2008: 15,96 Mrd. Euro) Kapitalanlagen (ohne Depotforderungen). Diese werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Richtlinien in einem strukturierten Prozess angelegt. Unter Gesamtrisikobetrachtung soll eine gleichzeitige Sicherstellung der Anlageziele Sicherheit, Rentabilität und Liquidität der Kapitalanlagen erreicht werden, um die Verpflichtungen aus dem Versicherungsbestand erfüllen zu können.

Mit der Kapitalanlage sind unvermeidbar signifikante Risiken verbunden, die trotz der im Anlageprozess eingebauten Kontrollen und anderer risikomindernder Maßnahmen bewusst eingegangen werden. Zum Erhalt bzw. Ausbau der notwendigen Risikotragfähigkeit werden die Risiken der Kapitalanlagen aktiv gesteuert und an das jeweilige Kapitalmarktumfeld angepasst.

Die Kapitalanlagestrategie der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung wurde in diesem Jahr weiterhin von der Kapitalmarktkrise beeinflusst. Die Situation des Finanzsektors und weiterer Wirtschaftssektoren ist noch immer

angespannt und die weitere Entwicklung hängt stark von staatlichen Maßnahmen in der Geld- und Konjunkturpolitik ab.

Die Kapitalanlagerisiken werden in Markt-, Kredit-, Konzentrations- und Liquiditätsrisiken unterteilt:

Marktrisiken

Die Marktpreisrisiken der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung beruhen fast ausschließlich auf potenziellen Aktienkurs- und Zins- und Spreadänderungen sowie Änderungen im Wert des Immobilienbestandes.

Die Auswirkungen auf die Marktwerte der Kapitalanlagen werden in möglichen Risikoszenarien analysiert. Hierfür werden die Marktwertschwankungen von Aktien (ohne Beteiligungen und verbundene Unternehmen), Zinsprodukten und Währungen unter Berücksichtigung der bestehenden Währungssicherungen simuliert. Somit werden die tatsächlichen Sensitivitäten unserer Kapitalanlagen verdeutlicht.

Die folgende Übersicht zeigt auf, wie sich eine Änderung der Aktienkurse bzw. der Marktzinsen kurzfristig auswirken würde:

Aktienmarktveränderung	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen
Anstieg um 35 %	+105,5 Mio. Euro
Anstieg um 20 %	+ 60,3 Mio. Euro
Anstieg um 10 %	+ 30,1 Mio. Euro
Sinken um 10 %	- 30,1 Mio. Euro
Sinken um 20 %	- 60,3 Mio. Euro
Sinken um 35 %	-105,5 Mio. Euro

Renditeveränderung des Rentenmarktes	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen
Anstieg um 200 Basispunkte	-2.334,5 Mio. Euro
Anstieg um 100 Basispunkte	-1.167,2 Mio. Euro
Sinken um 100 Basispunkte	+1.167,2 Mio. Euro
Sinken um 200 Basispunkte	+2.334,5 Mio. Euro

Währungsveränderung	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen
Anstieg um 10 %	+5,9 Mio. Euro
Anstieg um 15 %	+2,8 Mio. Euro
Sinken um 15 %	-2,5 Mio. Euro
Sinken um 10 %	-4,8 Mio. Euro

Wir verfolgen die Entwicklung der Kapitalmärkte sehr genau. Sollten sich die zuvor gezeigten negativen Szenarien im laufenden Geschäftsjahr ganz oder teilweise einstellen oder am Bilanzstichtag vorliegen, werden wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese beinhalten unter anderem mögliche Abschreibungen auf die nachhaltigen Werte einzelner Kapitalanlagen, den selektiven Verkauf einzelner Titel und den optionalen Einsatz von Wertsicherungsmaßnahmen, um die Portfolios kurzfristig gegen weitere Wertverluste abzusichern.

Kreditrisiken

Das Kreditrisiko umfasst die Insolvenz, den Zahlungsverzug und die Bonitätsverschlechterung des Schuldners bzw. Emittenten von festverzinslichen Wertpapieren, Darlehen und Derivaten.

Zur Reduktion des Kreditrisikos werden hauptsächlich Investitionen bzw. Darlehensvergaben bei Emittenten und Schuldnern mit einer guten bis sehr guten Bonität getätigt. Die Einstufung der Bonität von Emittenten festverzinslicher Wertpapiere erfolgt entweder mithilfe von Ratingagenturen oder nach einheitlichen internen Maßstäben und wird mit kontinuierlichen Kontrollprozessen überprüft. Das Durchschnittsrating der festverzinslichen Wertpapiere beträgt bei unserer Gesellschaft A (2008: A+).

Zusätzlich zur Überwachung der Ratings nehmen wir in Zusammenarbeit mit den von uns mandatierten Vermögensverwaltern Detailanalysen zu potenziell ausfallgefährdeten Wertpapieren vor, auf deren Basis dann über risikomindernde Maßnahmen entschieden wird. Für diese Analysen werden alle im Markt vorhandenen Informationen herangezogen.

Für die Vergabe von Hypotheken- und Refinanzierungsdarlehen gelten Vergaberichtlinien und strenge Vorschriften bezüglich der Bonität. Als Sicherheit von Hypothekendarlehen bestehen Pfandrechte an Grundstücken und/oder Versicherungsverträgen. Die Vergaberichtlinien knüpfen eine Finanzierung im Regelfall an private Nutzung und erst-rangige Absicherung. Die Refinanzierungsdarlehen verfügen alle über ein Rating von mindestens A-. Einlagen bei Kreditinstituten erfolgen ausnahmslos bei Banken, die über ein Investment Grade Rating verfügen.

Das Einzelengagement unterliegt der regelmäßigen Überwachung. Mithilfe unserer Kontrollverfahren für den Zins- und Tilgungsdienst sowie unseres Mahnverfahrens erhalten wir einen detaillierten Überblick über ausstehende Zahlungen.

Die Kontrahenten der Derivatepositionen verfügen ausnahmslos über ein Rating von mindestens A+, sofern die Geschäfte nicht über die Terminbörse Eurex abgewickelt werden. Das Gegenparteirisiko der Derivategeschäfte wird fortlaufend durch die Stellung von Sicherheiten (Collateral) abgesichert.

Durch die Krise an den Finanzmärkten und die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich das Kreditrisiko signifikant erhöht. Auch unsere Gesellschaft hält Kapitalanlagen, deren Bonität vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und die teilweise von signifikanten Spreadausweitungen betroffen waren.

Unsere Gesellschaft hält über einen Spezialfonds ein ungesichertes Exposure im Marktwert von 4 Mio. Euro in US-RMBS (Residential Mortgage Backed Securities), die mit Krediten aus dem sogenannten „Subprime-Segment“ besichert sind. Neben dem US-RMBS-Exposure enthält der Spezialfonds ein synthetisches CDO (Collateralized Debt Obligation), das durch die Entwicklungen an den Kreditmärkten bezüglich der für die Bewertung relevanten Annahmen und durch konkrete Ausfälle im Referenzportfolio deutliche Marktwertverluste erlitten hat. Der Nominalwert beträgt 48 Mio. Euro bei einem Marktwert des Kreditderivates von –25 Mio. Euro. Ein Verlust des Nominalbetrags kann aber nur im Fall von mehreren weiteren Ausfällen in signifikanter Höhe innerhalb des CDO-Portfolios eintreten. Im Berichtsjahr haben wir das Ausfallrisiko des synthetischen CDO durch verschiedene Restrukturierungsmaßnahmen reduziert. Ferner enthält der Spezialfonds ein Portfolio von CLO (Collateralized Loan Obligations) mit einem Nominalwert von 140 Mio. Euro (Zeitwert 102 Mio. Euro). Insgesamt wurden auf den Spezialfonds bisher 18 Mio. Euro außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Die verbleibende stille Last wurde zum Jahresende als nicht nachhaltig bewertet, da unsere internen Prognoserechnungen eine vollständige Einbringlichkeit des Nominalwertes der Anlagen zeigen. Bei anhaltender Marktverschlechterung sind weitere außerplanmäßige Abschreibungen nicht ausgeschlossen.

Ebenso hält die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung ein größeres Volumen von Fremdkapitalinstrumenten, die von nationalen und internationalen Banken sowie sonstigen privatwirtschaftlichen Unternehmen emittiert wurden. Dieses Exposure wird entweder direkt oder über Fonds, Derivate und strukturierte Produkte gehalten und enthält zu einem geringen Teil auch Instrumente von niedriger Seniorität wie nachrangige Darlehen und Genussscheine.

Das Portfolio der nachrangigen Darlehen und Genussscheine (Nominalwert von 1,6 Mrd. Euro) enthält zu einem großen Teil Papiere von Sparkassen und Landesbanken. Aufgrund der schwierigen Situation einiger Landesbanken besteht bei deren Genussscheinen das Risiko, dass ergebnisabhängige Kupons nicht ausgezahlt werden und gegebenenfalls das Kapital herabgesetzt werden kann. Auf Genussscheine wurden im Berichtsjahr 54 Mio. Euro außerplanmäßige Abschreibungen durchgeführt (2008: keine Abschreibung).

Der größte Teil unserer Rentenbestände ist besichert bzw. von öffentlichen Emittenten ausgegeben und daher nur einem minimalen Ausfallrisiko ausgesetzt. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich in Zukunft die Bonität einzelner Emittenten verschlechtert und damit Abschreibungsbedarf entstehen könnte.

Konzentrationsrisiken

Durch Konzentrationsrisiken wird die Diversifizierung des Portfolios vermindert, wodurch das Risiko hoher Verluste aufgrund von Einzelpositionen steigt. Sie stehen daher im engen Zusammenhang mit Markt- und Kreditrisiken. Konzentrationsrisiken werden durch die Definition von Limits auf Einzelpositionen und den Einsatz von Derivaten gesteuert und regelmäßig überwacht.

Liquiditätsrisiken

Aufgrund der vorab vereinnahmten sowie verzinslich und liquide angelegten Beiträge ist das Liquiditätsrisiko für Versicherungsunternehmen grundsätzlich gut steuerbar. Wir tragen dem Risiko unzureichender Liquidität durch eine mehrjährige Planung der Zahlungsströme Rechnung. Zusätzlich erfolgt für einen rollierenden Zwölfmonatszeitraum eine Prognose auf Monatsbasis. Für die Überwachung des Liquiditätsrisikos wird darüber hinaus ein Liquiditätsstresstest durchgeführt.

Generell hat sich als Folge der Finanzmarktkrise die Liquiditätssituation am Kapitalmarkt verschlechtert, da in verschiedenen Marktsegmenten nur sehr wenige Transaktionen stattfinden. Auch unsere Gesellschaft ist hiervon betroffen.

Insgesamt wird bei der Kapitalanlage auf einen hohen Anteil liquider und fungibler Kapitalanlagen geachtet, damit wir trotz der Kapitalmarktkrise den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungskunden jederzeit nachkommen können. Bei einem eventuell auftretenden unvorhergesehenen Liquiditätsbedarf wird konzernintern Liquidität zur Verfügung gestellt.

Risikosteuerung der Kapitalanlagen

Innerhalb des AXA Konzerns sind umfassende Governance-Strukturen, Steuerungsmaßnahmen und Richtlinien zur Risikosteuerung der Kapitalanlagen implementiert. Das Asset Liability Management-Komitee schlägt die Kapitalanlagestrategie vor, der Vorstand entscheidet hierüber. Der Kapitalanlageausschuss implementiert und überwacht die strategische Aufteilung der Kapitalanlagen nach Kapitalanlagearten (Asset Allocation) und die Einhaltung vorgegebener Limits und Limitsysteme. Darüber hinaus gilt eine umfassende interne Richtlinie (Investment Guidelines) für alle Kapitalanlagen. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden eingehalten. Darüber hinaus werden Konzentrationsrisiken durch das gruppenweite Risikomanagement monatlich ausgewertet und überwacht.

Ziel des strukturierten Anlageprozesses ist es, die Risiken in den Portfolios durch systematische und kontrollierte Abläufe zu steuern. Anlageentscheidungen werden auf Basis von Asset Liability Management-(ALM-)Analysen vor dem Hintergrund der versicherungstechnischen Verpflichtungen, der Bewertungsreserven und der Eigenkapitalausstattung getätigt. Im Rahmen der strategischen und taktischen Asset Allocation bestehen prozentuale Begrenzungen für die einzelnen Anlageklassen. Zusätzlich werden Limits für Bonität, Einzelmittenten und die Duration des festverzinslichen Portfolios definiert und überwacht. Bei der Risikoeinschätzung wird dabei von einem dem jeweiligen Risiko adäquaten Prognosezeitraum ausgegangen. Zur Bewertung der Anlagerisiken steht eine Vielzahl von Risikomanagementinstrumenten zur Verfügung.

Zum Zweck der effizienten Portfolioverwaltung und -steuerung wird der Einsatz derivativer Finanzinstrumente regelmäßig geprüft. Mit diesen Instrumenten werden verschiedene Motive der Portfoliosteuerung umgesetzt: Absicherung, Erwerbsvorbereitung und Ertragssteigerung. Das Hauptmotiv beim Einsatz von derivativen Instrumenten der Kapitalanlagen ist die Absicherung, wodurch das im Portfolio liegende wirtschaftliche Risiko reduziert wird (Hedging). Die Motive Erwerbsvorbereitung und Ertragssteigerung werden aktuell nur begrenzt verfolgt.

Monatlich wird im Kreditkomitee auf Vorstandsebene das Kreditrisiko des Gesamtportfolios sowie einzelner Anlageklassen und kritischer Emittenten besprochen.

Als Reaktion auf die Finanzkrise nach der Lehman-Insolvenz berät regelmäßig ein Expertengremium aus den Bereichen Asset Liability Management, Risikomanagement und Accounting sowie den Mitgliedern des Kapitalanlageausschusses – Kapitalanlagevorstand, Finanzvorstand und Chief Risk Officer – über Maßnahmen zur Krisenbewältigung.

Das Audit Committee wird regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und die Risikosituation des Konzerns und der Einzelgesellschaften informiert.

Operationale und sonstige Risiken

Operationale Risiken beinhalten Verluste aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen.

Die wesentlichen Prozessrisiken und die Sicherheit der internen Kontrollsysteme werden regelmäßig von unserer Konzernrevision gemeinsam mit den verantwortlichen Linienmanagern identifiziert und bewertet. Die sich hieraus ergebenden Kennzahlen sind eine wesentliche Grundlage für die mehrjährige risikoorientierte Prüfungsplanung der Konzernrevision. Um die Anforderungen des Sarbanes-Oxley Acts zu erfüllen, wurden umfangreiche Prozessdokumentationen erstellt und zahlreiche Kontrollen implementiert.

Darüber hinaus werden die operationalen Risiken in unserem Risikomanagementsystem erfasst und bewertet und Maßnahmen getroffen, um diese Risiken zu verringern. Hierfür wurden Verfahren implementiert und Notfallpläne definiert, welche die Kontinuität der Geschäftsprozesse auch bei Eintritt eines schwerwiegenden operationalen Risikos sicherstellen. Die Koordination unseres umfangreichen Projektportfolios erfolgt durch den Bereich Konzernstrategie und Portfoliosteuerung, der sich auf ein umfassendes Berichtswesen mit Vorwarnelementen stützt.

Risiken aus strategischen Geschäftsentscheidungen werden durch einen regelmäßigen systematischen Strategieentwicklungs- und -umsetzungsprozess reduziert.

Reputationsrisiken ergeben sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens. Insbesondere mithilfe eines aktiven Reputationsmanagements und von Medienresonanzanalysen wird dieses Risiko gemindert.

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) stellt die umfangreichste Modernisierung des Handelsbilanzrechts seit 1985 dar. Das deutsche Handelsrecht soll damit zu einer vollwertigen, aber einfacheren Alternative zu den International Financial Reporting Standards (IFRS) entwickelt werden. Insbesondere soll die Aussagekraft des handelsrechtlichen Jahresabschlusses erhöht werden. Wir haben die Auswirkungen des Gesetzes auf unsere Gesellschaft analysiert. Die anstehenden Änderungen des Bilanzrechts werden im Wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzierung von Pensionsrückstellungen, latenten Steuern, sonstigen Rückstellungen und gegebenenfalls von selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten haben. Neben den Bilanzierungsvorschriften beinhaltet das BilMoG umfangreiche zusätzliche Anhangangabe- und Lageberichtspflichten sowie neue Vorgaben zur Corporate Governance. Die Neuregelungen sind, abgesehen von einigen wenigen Anhangangaben, erstmals im Geschäftsjahr 2010 anzuwenden. Die für 2009 verpflichtenden Anhangangaben wurden im vorliegenden Geschäftsbericht entsprechend umgesetzt. Wir erwarten keine wesentlichen Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung des BilMoG.

Kapitalmanagement und Solvabilität

Die Steuerung der Kapitalbasis erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Ziel ist, die jederzeitige Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verpflichtungen sicherstellen zu können – selbst wenn im Extremfall die hierfür gebildeten versicherungstechnischen Rückstellungen unzureichend wären. Für die Bereitstellung des entsprechenden Eigenkapitals wird eine angemessene Verzinsung angestrebt.

Für die Solvabilität der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung wurden alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. Der vorläufige Bedeckungssatz für 2009 beträgt 153,0% (2008: 166,5%).

Ziel des Projektes Solvency II der EU-Kommission ist es, das Versicherungsaufsichtsrecht auf europäischer Ebene neu und einheitlich zu regeln. Hierzu gehört zum einen die Neuregelung der Solvenzanforderungen auf Basis risikoorientierter Kapitalmodelle (Säule I). Zum anderen wird ein prinzipienbasierter Anforderungskatalog an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen definiert, sodass die neuen Regelungen zur risikobasierten Eigenmittelvorschrift durch qualitative Anforderungen ergänzt werden (Säule II). Darüber hinaus werden Veröffentlichungspflichten definiert (Säule III). Nach der Verabschiedung im EU-Parlament in 2009 werden die Solvency II-Regelungen voraussichtlich 2012 in Kraft treten. Die nationale Umsetzung von Solvency II wurde bereits durch die zum Jahresbeginn 2008 in Kraft getretene VAG-Novelle (§ 64 a VAG und § 55 c VAG) vorangetrieben. Innerhalb § 64 a VAG werden die Komponenten eines angemessenen Risikomanagements definiert. Das Rundschreiben „Mindestanforderungen an das Risikomanagement VA (MaRisk VA)“ der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) stellt die Durchführungsverordnung des § 64 a VAG dar. Mit dem Inkraftsetzen des § 55 c VAG haben Versicherungsunternehmen den an den Vorstand gerichteten Risikobericht in gleicher Form und Inhalt der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Zur Vorbereitung auf Solvency II hat die AXA Gruppe in den vergangenen Jahren am europäischen Feldtest QIS 4 (Quantitative Impact Study) teilgenommen. QIS ist eine von der europäischen Versicherungsaufsicht (CEIOPS) geleitete Übung, die der Kalibrierung des Standardmodells im Sinne von Solvency II dient. Für das Jahr 2009 hat die AXA Gruppe die Berechnung des ökonomischen Risikokapitalbedarfs auf Basis des QIS 4-Regelwerkes zum Halbjahr und zum Jahresende durchgeführt. Auch hierbei zeigen alle in die Berechnung einbezogenen Gesellschaften eine gute Überdeckung. Derzeit entwickelt die AXA Gruppe ein Modell der ökonomischen Risikokapitalberechnung, das voraussichtlich unter Solvency II als internes Modell dienen wird. Neben den Anforderungen aus Säule I bereitet sich AXA Deutschland derzeit ebenfalls intensiv auf die Anforderungen aus Säule II und Säule III vor.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zum jetzigen Zeitpunkt sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung gefährden könnten. Die Solvabilität 2009 zeigt gemäß der vorläufigen Berechnung wiederum eine deutliche Überdeckung. Bei einer anhaltenden Verschlechterung der Finanzmärkte können nennenswerte Abschreibungen auf unser Kapitalanlagenportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Sonstige Angaben

Zusammenarbeit im Konzern

Die Geschäftsfunktionen unserer Gesellschaft werden von Dienstleistungsgesellschaften des deutschen AXA Konzerns und der AXA Gruppe ausgeübt. Im Einzelnen haben wir die Geschäftsfunktionen unserer Gesellschaft im Rahmen von Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträgen auf folgende Gesellschaften übertragen:

- die Bereiche Antrag, Bestandsverwaltung, Mathematik, Controlling, Firmengeschäft, Leben-Maklervertrieb, Vertriebsunterstützung, Leistungsbearbeitung, Produktmanagement, Rückversicherung und Unternehmensentwicklung, Vertriebssteuerung, Rechnungswesen, Betriebsorganisation, EDV-Anwendungsentwicklung, Personalwirtschaft und -entwicklung, Recht, Steuern und allgemeine Verwaltung, Marketing, die Entwicklung, Konzeption, Realisierung und Produktion von Internet- und internetbasierten Dienstleistungen auf die AXA Service AG, Köln;
- den Betrieb des Rechenzentrums und die Inanspruchnahme von Kommunikationsdienstleistungen über die AXA Service AG auf die AXA Technology Services Germany GmbH, Köln;
- die Betreuung von SAP-basierten Anwendungsprogrammen durch die AXA Group Solutions SA, Zweigniederlassung Köln;
- die Postbearbeitung, Logistik und Archivierung über die AXA Service AG, Köln, auf die AXA Logistic Services GmbH, Köln;
- die Funktionen aus dem Bereich Vermögensanlage und -verwaltung für börsennotierte Kapitalanlagen auf die AXA Konzern AG sowie die AXA Investment Managers Deutschland GmbH, Köln, und die Immobilienverwaltung auf die AXA Property Managers GmbH, Köln;
- die Bereiche Konzernkommunikation und Revision auf die AXA Konzern AG, Köln;
- den spartenübergreifenden telefonischen 24-Stunden-Kundenservice über die AXA Service AG auf die AXA Customer Care GmbH, Köln.

Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Geschäftsjahres 2009 sind bei der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben.

Ausblick und Chancen

Wachstum und Vertrauen nach der Krise

Die globale Wirtschafts- und Kapitalmarktkrise und das anhaltend niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt stellen den Lebensversicherungsmarkt vor weiterhin große Herausforderungen. Insoweit ist die Entwicklung der Branche insgesamt nur schwer vorherzusagen. Die Verunsicherung bei den Verbrauchern und eine damit einhergehende Zurückhaltung zum Abschluss langfristiger Altersvorsorgeverträge bestehen weiterhin. Das Modell der Lebensversicherung erweist sich jedoch nach der Krise als ein wesentlicher Stabilitätsfaktor im Finanzdienstleistungsmarkt. Die gesellschaftliche Alterung schreitet voran und allein nach dem Umlageprinzip wird sich eine nachhaltig wirksame Altersvorsorge nicht aufbauen lassen. Die langfristig wirkenden Grundlagen und Aussichten des Lebensversicherungsgeschäftes bleiben also intakt. Entscheidend ist, das Vertrauen der Kunden in eine zuverlässige und langfristige Partnerschaft zu gewinnen. Die AXA Gruppe hat eine weit über dem Marktdurchschnitt liegende Kapitalkraft und Stabilität. Deshalb sehen wir gerade für die DBV das Umfeld im Öffentlichen Dienst als Chance, uns bei unseren Kunden und am Markt als aufmerksamer und zuverlässiger Partner zu positionieren.

Im Mai 2009 haben wir während eines Fachkongresses mit Spitzenvertretern der Verbände des Öffentlichen Dienstes sowie der Gewerkschaften in Berlin die „neue“ DBV Deutsche Beamtenversicherung als Spezialversicherer des Öffentlichen Dienstes ins Leben gerufen und damit das Versprechen erfüllt, die Marke DBV mit entsprechenden Rechtsträgern wieder auf ihr Kerngeschäft als Partner des Öffentlichen Dienstes auszurichten. Mit dem neuen Auftritt knüpft die DBV, deren Rechtsträger weiterhin ihren Sitz in Wiesbaden

haben, an ihre über 135 Jahre währende Erfahrung in dieser äußerst attraktiven Kundengruppe an. Diese Kompetenz verbinden wir nun mit der Innovationskraft und Kompetenz der AXA Gruppe zu einem tatsächlich einzigartigen Angebot. Seit 2007 gehört die damalige DBV-Winterthur zur deutschen AXA Gruppe, die ihrerseits Teil der internationalen AXA Gruppe ist, einer der weltweit führenden Anbieter für Vorsorge und Versicherung. Der neue Auftritt der DBV am Markt spiegelt die klare Ausrichtung auf bedarfsgerechte Versicherungs- und Altersvorsorgelösungen der rund 12 Millionen Personen umfassenden Gruppe der Beamten und Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes in Deutschland sowie ihrer Familien wider.

Der kontinuierliche Dialog und die enge Verbundenheit mit den Kunden sind die Treiber für das maßgeschneiderte Angebot der DBV. Zahlreiche Auszeichnungen belegen die Qualität der transparenten und verbraucherfreundlichen Produkte aus den Bereichen Kranken-, Lebens- und Schadenversicherungen. Es gibt wohl keinen anderen Anbieter in unserer Branche, der so tief mit den besonderen Bedürfnissen des Öffentlichen Dienstes an Vorsorge und Absicherung vertraut ist wie wir. Diese Nähe zur Zielgruppe, unsere langjährig aufgebauten Zugangswege und unsere hohe Akzeptanz bei den Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes sind starke Pluspunkte für die DBV. Diese machen die Marke auch für Vertriebspartner aus dem Feld der freien Vertriebe interessant, die im Öffentlichen Dienst schon heute etabliert sind oder sich in dieser Zielgruppe mit bedarfsgerechten Lösungen neu positionieren wollen.

Für unsere Gesellschaft steht 2010 neben einer Qualitätsinitiative im Produktbereich, bei der neben der konventionellen Rentenversicherung insbesondere die Überarbeitung der hervorragend positionierten Berufs- und Dienstunfähigkeitsversicherung und der Risikolebensversicherung erfolgen wird, der Ausbau des zertifizierten und vom Markt sehr positiv aufgenommenen Beratungsansatzes plan360° im Fokus. Neben der Ausweitung dieses Beratungsansatzes für das wachsende und profitable Kundensegment der Kunden ab 50 Jahre werden sukzessive weitere Segmente erschlossen. Die Altersstruktur im Öffentlichen Dienst führt in den nächsten Jahren zu einem hohen Einstellungsbedarf. Diese Zielgruppe der Dienst- und Berufsanfänger wird mehr denn je eines unserer Fokussegmente bilden. Neben der einzigartigen Kombination aus Ansprache, Vertriebszugang und Service wird der Beratungsansatz durch zielgruppenspezifische Produktlösungen wie zum Beispiel der weiterentwickelten Dienstanfängerpolice begleitet, die in diesen Segmenten große Wachstumschancen eröffnet.

Wir erwarten weiterhin eine stabile Entwicklung oberhalb des Marktes sowohl hinsichtlich des Neugeschäftes als auch der Beitragseinnahmen und sehen für die neue DBV als Spezialversicherer für den Öffentlichen Dienst große Chancen, den Marktanteil von derzeit 12,6% in unserer Zielgruppe des Öffentlichen Dienstes weiter zu steigern.

Wiesbaden, den 6. April 2010

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2009 beträgt 22.000.000,00 Euro. Wir schlagen der Hauptversammlung vor, diesen Betrag zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 552.085,49 Euro auf neue Rechnung vorzutragen

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes entsprechend den ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht und sich während des gesamten Jahres 2009 fortlaufend von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Durch vierteljährliche Berichte und in zwei Sitzungen wurde er eingehend mündlich und schriftlich gemäß § 90 des Aktiengesetzes (AktG) über die allgemeine Geschäftsentwicklung, über grundlegende Angelegenheiten sowie die strategischen Ziele der Geschäftsführung unterrichtet.

Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und Entwicklung der Gesellschaft wurden ausführlich besprochen. Geschäfte und Maßnahmen des Vorstandes, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, sind in den Sitzungen vor der Beschlussfassung vom Vorstand eingehend erläutert worden.

In der Sitzung im April 2009 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Bericht des Vorstandes über den Geschäftsverlauf 2008 und dem vorgelegten Jahresabschluss. In der gleichen Sitzung stellte der Vorstand die endgültige Planung für 2009 und die strategische Asset Allocation für 2009 vor, die ausführlich erörtert wurden, und berichtete außerdem über den Integrationsprozess AXA/DBV-Winterthur.

Im Rahmen einer schriftlichen Beschlussfassung im September 2009 hat der Aufsichtsrat dem Abschluss eines Beherrschungsvertrages mit der DBV Holding AG als herrschende Gesellschaft zugestimmt.

In der Sitzung des Aufsichtsrates im November 2009 informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über den bisherigen Geschäftsverlauf im laufenden Jahr und gab einen Kurzbericht über die vorläufige Planung 2010. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat über die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Gesellschaft und über die damit verbundenen Maßnahmen. Weiterhin gab er einen Überblick zu Spezialrisiken und über die allgemeine Risikosituation und Risikostrategie des deutschen AXA Konzerns. Zudem wurde in der Sitzung im November 2009 als Folge der Einführung des Vorstandsvergütungsangemessenheitsgesetzes die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat dahingehend geändert, dass nun dem Aufsichtsrat die Entscheidung über den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Anstellungs-, Pensions- und sonstigen Verträgen mit Vorstandsmitgliedern obliegt.

In beiden Sitzungen wurde der Aufsichtsrat ausführlich über besondere Projekte und Entwicklungen der Gesellschaft informiert. Darüber hinaus hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates mit dem Vorstand in zahlreichen Einzelgesprächen geschäftspolitische Fragen sowie die Lage und Entwicklung der Gesellschaft behandelt. Über hierdurch zur Kenntnis des Vorsitzenden gelangte wichtige Angelegenheiten wurde der Aufsichtsrat jeweils unterrichtet.

Ebenso hat der Verantwortliche Aktuar an der bilanzfeststellenden Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und diesem die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung ausführlich mündlich dargestellt und Fragen des Aufsichtsrates beantwortet.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 sind von der vom Aufsichtsrat zum Abschlussprüfer bestellten PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht lagen dem Aufsichtsrat unverzüglich nach der Aufstellung vor. Ebenso wurde der Bericht des Abschlussprüfers allen Mitgliedern des Aufsichtsrates fristgerecht vorgelegt. Der Abschlussprüfer hat den Prüfungsbericht und das Prüfungsergebnis dem Aufsichtsrat in der bilanzfeststellenden Sitzung zusätzlich mündlich erläutert und Fragen des Aufsichtsrates beantwortet. Der Aufsichtsrat stimmte dem Bericht und den Erläuterungen zu.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft. Die Prüfung hat keine Beanstandung ergeben. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Im vergangenen Jahr sind sowohl im Aufsichtsrat als auch im Vorstand Personalveränderungen eingetreten. Herr Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen wurde mit Wirkung zum 27. März 2009 zum Mitglied des Aufsichtsrates gewählt. Herr Dr. Heinz-Peter Roß ist mit Wirkung zum 30. April 2009 aus dem Vorstand ausgeschieden. Herr Thomas Gerber ist mit Wirkung zum 1. Mai 2009 zum Mitglied des Vorstandes bestellt worden.

Der Aufsichtsrat dankt dem ausgeschiedenen Mitglied des Vorstandes für seine engagierte und erfolgreiche Arbeit.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dienstleistungsgesellschaften, die für unsere Gesellschaft tätig geworden sind, gilt für ihre Leistung im Jahr 2009 unser ganz besonderer Dank.

Wiesbaden, den 29. April 2010

Für den Aufsichtsrat

Herbert Falk
Vorsitzender

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2009	28
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009	32
Anhang	34
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	34
Angaben zur Bilanz	42
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	52
Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer	54
Sonstige Angaben	67

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	in Tsd. Euro	2009	2008
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital		44.578	44.578
davon eingefordert:			
0 Tsd. Euro (2008: 0 Tsd. Euro)			
B. Immaterielle Vermögensgegenstände		831	2.509
C. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		272.570	291.535
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	36.274		39.225
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	286.370		180.000
3. Beteiligungen	23.444		36.461
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>2.000</u>		2.000
		348.088	
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.023.064		4.296.056
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	517.602		522.156
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.189.058		3.179.794
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	3.333.055		3.310.486
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3.029.047		2.549.990
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	71.809		156.329
d) übrige Ausleihungen	<u>888.750</u>		
		7.322.661	1.257.607
5. Einlagen bei Kreditinstituten	210.000		141.000
6. Andere Kapitalanlagen	<u>100.000</u>		0
		15.362.385	
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		<u>24.437</u>	<u>18.559</u>
davon an verbundene Unternehmen:			
7.875 Tsd. Euro (2008: 0 Tsd. Euro)			
		16.007.480	15.981.198
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice		176.128	130.239

Aktiva	in Tsd. Euro	2009	2008
E. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer			
a) fällige Ansprüche	35.959		44.635
b) noch nicht fällige Ansprüche	<u>41.923</u>		40.800
		77.882	
2. Versicherungsvermittler		<u>11.294</u>	17.279
		89.176	
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		3.499	4.667
davon an verbundene Unternehmen:			
2.896 Tsd. Euro (2008: 4.364 Tsd. Euro)			
III. Sonstige Forderungen		<u>147.867</u>	<u>197.279</u>
davon an verbundene Unternehmen:			
17.607 Tsd. Euro (2008: 9.456 Tsd. Euro)			
		240.542	304.660
F. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		2.112	3.362
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		39.263	32.025
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>121.105</u>	<u>169.563</u>
		162.480	204.950
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		178.535	204.213
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>20.165</u>	<u>38.811</u>
		198.700	243.024
H. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 und 2 HGB			
		85.073	18.800
Summe der Aktiva		<u>16.915.812</u>	<u>16.929.958</u>

Passiva	in Tsd. Euro	2009	2008
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		94.640	94.640
II. Kapitalrücklage		46.278	46.278
III. Gewinnrücklagen			
1. andere Gewinnrücklagen			
– Vortrag zum 1.1.	60.364		48.364
– Einstellung aus dem Jahresüberschuss	<u>0</u>	60.364	12.000
IV. Bilanzgewinn		<u>22.552</u>	<u>30.000</u>
davon Gewinnvortrag: 552 Tsd. Euro (Vorjahr: 0 Tsd. Euro)			
		223.834	231.282
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge			
1. Bruttobetrag		76.914	88.613
II. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag	13.596.321		13.288.140
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>120.172</u>		140.142
		13.476.149	
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	61.603		63.671
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>517</u>		1.164
		61.086	
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. Bruttobetrag		1.023.083	1.072.161
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen			
1. Bruttobetrag		<u>0</u>	<u>470</u>
		14.637.232	14.371.749
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherungen, soweit das Anlagenrisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag		<u>176.128</u>	<u>130.239</u>
		176.128	130.239
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		137.359	140.439
II. Steuerrückstellungen		28.807	14.756
III. Sonstige Rückstellungen		<u>16.629</u>	<u>27.714</u>
		182.795	182.909

Passiva	in Tsd. Euro	2009	2008
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		120.689	141.306
F. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:			
1. Versicherungsnehmern	1.409.308		1.469.224
2. Versicherungsvermittlern	3.105		7.947
	<u>1.412.413</u>		
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.256	2.202
davon gegenüber verbundenen Unternehmen:			
675 Tsd. Euro (2008: 1.170 Tsd. Euro)			
III. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>109.348</u>	<u>334.569</u>
davon gegenüber verbundenen Unternehmen:			
75.188 Tsd. Euro (2008: 200.932 Tsd. Euro)			
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:			
387 Tsd. Euro (2008: 897 Tsd. Euro)			
davon aus Steuern:			
307 Tsd. Euro (2008: 139 Tsd. Euro)			
		1.523.017	1.813.942
G. Rechnungsabgrenzungsposten		52.117	58.531
Summe der Passiva		16.915.812	16.929.958

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.II. und C.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341 f HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 18. Dezember 2009 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Wiesbaden, den 31. März 2010

Der Verantwortliche Aktuar: Martin Bienhaus

Gemäß § 73 des VAG wird hiermit bestätigt, dass die eingestellten Deckungsrückstellungen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt worden sind.

Wiesbaden, den 31. März 2010

Der Treuhänder: Axel Schaefer

Köln, den 6. April 2010

Der Vorstand

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Versicherungstechnische Rechnung	in Tsd. Euro	2009	2008
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	1.648.877		1.337.082
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>3.893</u>		28.177
	1.644.984		
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge*	<u>11.699</u>		<u>27.534</u>
		1.656.683	1.336.439
2. Beiträge aus der Bruttoreückstellung für Beitragsrückerstattung		30.650	29.540
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen		911	8.930
davon aus verbundenen Unternehmen:			
145 Tsd. Euro (2008: 183 Tsd. Euro)			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
davon aus verbundenen Unternehmen:			
14.915 Tsd. Euro (2008: 691 Tsd. Euro)			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.380		29.766
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>682.986</u>		<u>673.933</u>
	713.366		
c) Erträge aus Zuschreibungen	10.868		17.838
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>32.873</u>		<u>38.790</u>
		758.018	769.257
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		27.902	2.548
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		1.914	84
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1.507.721		1.584.117
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>25.212</u>		18.828
	1.482.509		
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	-2.067		4.496
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>647</u>		305
	<u>-1.420</u>		
		1.481.089	1.569.480
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	354.069		-85.015
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>26.979</u>		-7.103
	381.048		
b) Sonstige versicherungstechnische Nettorückstellungen	<u>-470</u>		<u>0</u>
		380.578	-77.911
Übertrag:		613.500	646.299

* - = Erhöhung

in Tsd. Euro	2009	2008
Übertrag:	613.500	646.299
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung	124.800	187.285
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Abschlussaufwendungen	99.776	102.650
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>64.251</u>	49.214
	164.027	
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	<u>11.042</u>	<u>22.711</u>
	152.985	129.153
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	36.394	40.721
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen davon außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB: 139.324 Tsd. Euro (2008: 59.118 Tsd. Euro)	148.631	68.793
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>79.429</u>	<u>41.979</u>
	264.454	151.494
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	971	55.082
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	95.013	108.412
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	-24.723	14.873
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	25.040	51.627
2. Sonstige Aufwendungen	<u>28.929</u>	<u>55.097</u>
	-3.889	-3.470
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-28.612	11.403
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-51.416	-19.263
5. Sonstige Steuern	<u>804</u>	<u>666</u>
	-50.612	-18.597
6. Jahresüberschuss	22.000	30.000
7. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	552	0
8. Bilanzgewinn	22.552	30.000

* - = Erhöhung

Anhang

Die Paragraphen des Handelsgesetzbuches der neuen Fassung mit Änderungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz sind gesondert gekennzeichnet durch den Zusatz „n.F.“. Paragraphen des Handelsgesetzbuches ohne gesonderte Kennzeichnung beziehen sich auf das Handelsgesetzbuch vor den Änderungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** bestanden aus EDV-Software und aus dem entgeltlich erworbenen Versicherungsbestand der WL Niederlassung Deutschland der Winterthur Lebensversicherungs-Gesellschaft, München. Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und mit den steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 341 b Abs. 1 HGB eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** bilanzierten wir mit den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren beizulegenden Werten. Ein niedrigerer Wertansatz aus der Vergangenheit wurde auf die Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Wert zugeschrieben, sofern die Voraussetzungen des § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB erfüllt waren.

Die **Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen**, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, aktivierten wir, soweit es sich um Darlehen handelt, gemäß § 341 c Abs. 1 HGB zum Nennbetrag. Agio- und Disagioträge grenzten wir aktivisch und passivisch ab und lösten diese planmäßig über die Laufzeit auf. Unter dieser Position ausgewiesene Inhaberschuldverschreibungen wurden entsprechend den Regeln für die dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren bewertet.

Die **Beteiligungen** bilanzierten wir mit den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren beizulegenden Werten. Ein niedrigerer Wertansatz aus der Vergangenheit wurde auf die Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Wert zugeschrieben, sofern die Voraussetzungen des § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB erfüllt waren.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dem **Anlagevermögen** zugeordnet wurden, bilanzierten wir entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b HGB. Diese Vorschriften besagen, dass bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung eine Abschreibung verpflichtend ist. Zur Beurteilung, ob eine dauernde Wertminderung vorliegt, kommen folgende Methoden zur Anwendung:

- Der Zeitwert des Wertpapiers liegt in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20% unter dem Buchwert.
- Der Zeitwert des Wertpapiers liegt in den dem Bilanzstichtag vorangehenden zwölf Monaten permanent um mehr als 10% unter dem Buchwert.

Bei Erfüllung von mindestens einem dieser Aufgreifkriterien erfolgt die Abschreibung auf den dem Wertpapier langfristig beizulegenden Wert. In die Ermittlung des beizulegenden Wertes fließt unsere Erwartung der zukünftigen Marktentwicklung ein.

Investmentanteile, die überwiegend Aktien beinhalten, wurden als ein eigenständiges Wertpapier angesehen und entsprechend bewertet.

Investmentanteile, die überwiegend Rententpapiere beinhalten und stille Lasten ausweisen, wurden anhand folgender Aufgreifkriterien auf eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung hin überprüft:

- wesentliche Bonitätsverschlechterung der Emittenten der Rententpapiere oder
- realisierte Nettoverluste im Fonds oder
- erwartete Zahlungsausfälle aus Rententpapieren.

Investmentanteile ohne eindeutigen Anlageschwerpunkt in Renten oder Aktien (gemischte Fonds) werden gesondert betrachtet und mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes berücksichtigen wir unsere Erwartung der zukünftigen Marktentwicklung.

Sofern die Gründe für eine gegebenenfalls vorgenommene Abschreibung nicht mehr existierten, wurde auf die Anschaffungskosten oder den am Stichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB zugeschrieben.

Bei voraussichtlich vorübergehenden Wertminderungen haben wir teilweise von dem in diesem Fall bestehenden Abschreibungswahlrecht gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB Gebrauch gemacht.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dem **Umlaufvermögen** zugeordnet wurden, bilanzierten wir mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsenkursen. Ein niedrigerer Wertansatz aus der Vergangenheit wurde auf die Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsenkurs zugeschrieben, sofern die Voraussetzungen des § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB erfüllt waren.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem **Anlagevermögen** zugeordnet wurden, bilanzierten wir entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die dauerhafte Wertminderung eines Wertpapiers haben wir angenommen, wenn der Zeitwert des Wertpapiers einen Werteverfall aufgrund einer wesentlichen Verschlechterung des Ratings/der Bonität eines Emittenten aufzeigt und wir aus diesem Grund von einem (Teil-)Ausfall des Schultitels ausgehen.

Sofern die Gründe für eine gegebenenfalls vorgenommene Abschreibung nicht mehr existierten, wurde auf die Anschaffungskosten oder den am Stichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB zugeschrieben.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem **Umlaufvermögen** zugeordnet wurden, bilanzierten wir mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsenkursen. Ein niedrigerer Wertansatz aus der Vergangenheit wurde auf die Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsenkurs zugeschrieben, sofern die Voraussetzungen des § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB erfüllt waren.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen brachten wir gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennbetrag in Ansatz, vermindert um notwendige Abschreibungen und Einzelwertberichtigungen. Disagiobeträge grenzten wir passivisch ab und lösten diese planmäßig über die Laufzeit auf.

Namenschuldverschreibungen wurden mit dem Nennbetrag gemäß § 341 c Abs. 1 HGB, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen, angesetzt. Agio- und Disagioträge wurden aktivisch und passivisch abgegrenzt und über die Laufzeit planmäßig aufgelöst.

Schuldscheinforderungen und Darlehen bilanzierten wir mit dem Nennbetrag gemäß § 341 c Abs. 1 HGB und, falls erforderlich, vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagioträge grenzten wir aktivisch und passivisch ab und lösten diese planmäßig über die Laufzeit auf.

Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine wurden jeweils mit dem Nennbetrag aktiviert.

Die **übrigen Ausleihungen** wurden mit dem Nennbetrag, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen, angesetzt. Agio- und Disagioträge grenzten wir aktivisch und passivisch ab und lösten diese planmäßig über die Laufzeit auf.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** wurden mit den Nennbeträgen angesetzt.

Die **anderen Kapitalanlagen** wurden mit den Anschaffungskosten, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen, aktiviert.

Die **Depotforderungen** wurden mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die **Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**n wurden mit dem Zeitwert bewertet.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** bilanzierten wir mit den Nennbeträgen, vermindert um vorzunehmende Einzelwertberichtigungen.

Die **Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern** betrafen die auf die Zeit bis zum Abschlussstichtag entfallenden Beitragsforderungen (fällige Ansprüche) und Forderungen aus den Ansprüchen für geleistete, rechnungsmäßig gedeckte Abschlusskosten (noch nicht fällige Ansprüche). Sie wurden aktivisch abgegrenzt.

Die **Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** wurden mit dem Nennbetrag ausgewiesen, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren. Dem allgemeinen Kreditrisiko wurde durch Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die **sonstigen Forderungen** aktivierten wir mit dem Nennbetrag. Hierunter sind auch Salden aus Rückversicherungsverträgen ausgewiesen, die vereinbarungsgemäß beim Rückversicherer deponiert und nicht in bar ausgeglichen werden. Diese Forderungen an Rückversicherer ergeben sich im Wesentlichen aus Rückversicherungsprovisionen. Der Abbau erfolgt im Lauf der nächsten Jahre aufgrund der versicherungstechnischen Ergebnisse.

Sachanlagen und Vorräte wurden mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Der Ansatz für die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde um die Abschreibungen für die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vermindert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestände wurden mit dem Nennbetrag in Ansatz gebracht.

Die **anderen Vermögensgegenstände** wurden mit dem Nennbetrag aktiviert.

Passiva

Beitragsüberträge wurden für jede einzelne Versicherung unter Zugrundelegung des tatsächlichen Beginns der Versicherungsperiode berechnet. Der koordinierte Ländererlass des Finanzministeriums Niedersachsen vom 20. Mai 1974 wurde berücksichtigt.

Über den Beitragszahlungsabschnitt hinausreichende technisch vorausgezahlte Beiträge wurden als Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern ausgewiesen.

Die **Deckungsrückstellung** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich, mit Ausnahme der fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherung, nach der prospektiven Methode und für beitragspflichtige Versicherungen mit impliziter Berücksichtigung der künftigen Kosten ermittelt. Für die fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherung erfolgte die Berechnung nach der retrospektiven Methode. Bei Einmalbeitragsversicherungen, tariflich beitragsfreien und beitragsfreigestellten Versicherungen wurden die künftigen Kosten explizit berücksichtigt. Die sich daraus ergebende Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Versicherungsjahre wurde ebenfalls in die Deckungsrückstellung eingestellt.

Bei den Berechnungen wurde der genaue Beginnstermin der Versicherungen zugrunde gelegt. Die noch nicht getilgten rechnungsmäßigen Abschluss-

kosten sind bei der Deckungsrückstellung nur insoweit verrechnet worden, als sich dadurch kein negativer Wert ergab bzw. die geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung nicht unterschritten wurde. Für Versicherungen im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes wird mindestens die Hälfte der eingezahlten Beiträge als Deckungsrückstellung gestellt. Soweit eine Verrechnung zulässig, aber noch nicht möglich war, wurden die noch nicht getilgten rechnungsmäßigen Abschlusskosten als Forderungen an Versicherungsnehmer aktiviert.

Im Einzelnen wurde für den Altbestand im Sinne von § 11c VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG die Deckungsrückstellung nach dem von der **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht** genehmigten Geschäftsplan in der geltenden Fassung bestimmt. Für den Neubestand wurde die Deckungsrückstellung nach den Grundsätzen bestimmt, die der **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht** gemäß § 13d Nr. 6 VAG mitgeteilt worden sind. Dabei wurden die BGH-Urteile vom 12. Oktober 2005 und 26. September 2007 zu den Mindestrückkaufswerten in der Lebensversicherung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Deckungsrückstellung wurden im Wesentlichen folgende Rechnungsgrundlagen herangezogen:

Versicherungsart	Anteil an der Deckungs-rückstellung	Ausscheideordnung (Sterbe- bzw. Invalidentafel)	Zinssatz
Neubestand			
Kapital- und Risikoversicherungen	6,56%	ADSt 87 T	4,00%
	4,14%	ST DAV 1994 T	4,00%
	3,47%	ST DAV 1994 T	3,25%
	0,86%	ST DAV 1994 T	2,75%
	0,18%	ST DAV 1994 T	2,25%
Rentenversicherung	16,58%	ST DAV 1994 R	4,00%
	8,75%		3,25%
	1,88%		2,75%
	0,04%		2,25%
	0,42%	ST DAV 2004 R	3,25%
	1,48%		2,75%
	0,92%		2,25%
Berufsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen	0,78%	IT Verbandstafel 1990	4,00%
	0,69%	M/F UND ST 1986 M/F	3,25%
	0,23%		3,75%
	0,13%		2,25%
Kapitalisationsprodukte	3,19%		1,00%
Altbestand			
Kapital- und Risikoversicherungen	12,25%	ST 1967 und früher	3,00%
	26,84%	ST 1986 M/F	3,50%
Rentenversicherung	8,66%	ST DAV 1994 R	4,00%
Berufsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung	1,96%	IT 11 amerik. Gesellschaften	3,00%

Für den Bestand an Rentenversicherungen, die nicht nach der aktuellen Sterbetafel DAV 2004 R kalkuliert sind, wurde für die Deckungsrückstellung eine einzelvertragliche Vergleichsrechnung mit dem Wert vorgenommen, der sich unter Berücksichtigung eines aktuariell angemessenen Sterblichkeitstrends in der Sterbetafel DAV 2004 R-B ergab. Positive Differenzen zwischen Vergleichsreserve und ursprünglicher Reserve wurden unter Verwendung der unternehmensindividuellen Kapitalwahlrechtsquoten aufgefüllt.

Für den Bestand an Berufsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen, die nicht nach den aktuellen Tafeln DAV 1997 I, TI und RI kalkuliert wurden, erfolgt seit dem Jahr 1997 für die Deckungsrückstellung ebenfalls eine Vergleichsrechnung unter Berücksichtigung der Tafeln DAV 1997 I, TI und RI. Der sich ergebende Anpassungsbedarf wurde stets in voller Höhe in der Deckungsrückstellung berücksichtigt.

Für Pflegerentenversicherungen wurde in Anlehnung an die Empfehlung der DAV (Tafel DAV 2008 P) die Deckungsrückstellung pauschal erhöht und so an die gestiegenen Pflegewahrscheinlichkeiten angepasst.

Bei fremdgeführten Konsortialverträgen sind die anteiligen Deckungsrückstellungen von den Konsortialführern nach deren Geschäftsplänen bzw. deren Grundsätzen berechnet worden. In den Fällen, in denen die Angaben für das Geschäftsjahr noch nicht vorlagen, wurden die anteiligen Deckungsrückstellungen von uns auf Basis der Bilanzangaben der Konsortialführer der Vorjahre unter Berücksichtigung der uns im Geschäftsjahr bekannt gegebenen Geschäftsvorfälle hochgerechnet.

Mit dem aufgeführten Tafelwerk wurden über 96% der gesamten Deckungsrückstellung ermittelt. Der Zillmersatz beträgt im Neubestand maximal 40% der Beitragssumme und im Altbestand maximal 35% der Versicherungssumme.

Die in Einzelreservierung gebildete **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** enthält die voraussichtlichen Leistungen für die zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung gemeldeten, aber noch nicht ausgezahlten Versicherungsfälle.

Für diejenigen Versicherungsfälle, die vor dem Abschlussstichtag eingetreten, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt werden, wurde eine pauschale Spätschadenrückstellung orientiert an der fällig gewordenen Leistung – vermindert um die jeweils vorhandene Deckungsrückstellung – gebildet. Für später anfallende Versicherungsfälle des Geschäftsjahres wurde eine pauschale Rückstellung gebildet.

Die Rückstellung für Schadenregulierungskosten wurde unter Beachtung des koordinierten Ländererlasses vom 22. Februar 1973 errechnet.

Bei der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** handelt es sich um erzielte Überschüsse, die vertraglich für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer bestimmt, aber den einzelnen Versicherungsverträgen noch nicht zugeteilt worden sind. Die innerhalb dieser Rückstellung gebundenen Mittel für Schlussüberschussanteile wurden entsprechend den Bestimmungen des § 28 Abs. 7 bzw. 7 e RechVersV ermittelt. Hierbei wurden zu bindende Schlussüberschussanteile für Versicherungen, die im Folgejahr nicht ablaufen, einzelvertraglich und retrospektiv – in einem Teil des Neubestandes prospektiv – mittels m/n-tel-Verfahren ermittelt. Die Diskontierungen wurden mit einem Zinssatz von 5,0% vorgenommen, der entsprechende Zuschläge als Korrektur für die durch vorzeitige Bestandsabgänge bzw. Tod anfallenden Schlussüberschussanteile enthält.

Für im Folgejahr ablaufende Versicherungen wurden Schlussüberschussanteile undiskontiert und in der bei Ablauf anfallenden Höhe gebunden.

Bei der **Deckungsrückstellung im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird**, wird das Deckungskapital jeder einzelnen fondsgebundenen Lebensversicherung nach den Grundsätzen bestimmt, die der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gemäß § 13 d Nr. 6 VAG mitgeteilt worden sind.

Für das in **Rückdeckung** gegebene **Versicherungsgeschäft** entsprechen die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen den Vereinbarungen in den Rückversicherungsverträgen. Hier gelten grundsätzlich dieselben Berechnungsmethoden wie für das selbst abgeschlossene Bruttogeschäft.

Die Bewertung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Als Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Für die handelsbilanzielle Bewertung wurde ein Rechnungszins in Höhe von 3,5% in Ansatz gebracht; als Pensionsalter wurde der Zeitpunkt der frühestmöglichen Inanspruchnahme der vorzeitigen Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zugrunde gelegt.

Für über den Bilanzstichtag laufende Termingeschäfte im Kapitalanlagebereich wurde, soweit erforderlich, eine **Rückstellung für drohende Verluste** gebildet. Die Berechnung erfolgte auf Glattstellungsbasis.

Der Wertansatz der **übrigen Rückstellungen** erfolgte nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Die **Depotverbindlichkeiten** wurden mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten auch Salden aus Rückversicherungsverträgen aus dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft, die vereinbarungsgemäß beim Rückversicherer deponiert und nicht in bar ausgeglichen werden.

Sonstige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit größer als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit den hierfür von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Abzinsungssätzen abgezinst.

Alle **übrigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge und Aufwendungen wurden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Bei dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft wurden die versicherungstechnischen Rückstellungen nach den Aufgaben des Zedenten bilanziert. Die Anteile der Retrozessionäre an diesen Rückstellungen entsprachen den vertraglichen Vereinbarungen.

Grundlagen für die Währungsumrechnung

Auf fremde Währungen lautende Aktiv- und Passivposten wurden generell mit den Devisenmittelkursen zum Bilanzstichtag auf Euro umgerechnet. Soweit erforderlich, wurde dem Anschaffungskostenprinzip Rechnung getragen. Auf fremde Währungen lautende Aufwendungen und Erträge in unserer Gewinn- und Verlustrechnung wurden mit den Devisenmittelkursen zum Bilanzstichtag auf Euro umgerechnet.

Kursgewinne und Kursverluste innerhalb einer Währung wurden saldiert.

Erträge und Aufwendungen von Kapitalanlagen wurden mit dem jeweils aktuellen Devisenkurs umgerechnet.

Zeitwerte der Kapitalanlagen

Die Offenlegung von Zeitwerten der Kapitalanlagen erfolgte entsprechend den Vorschriften §§ 54 ff. der RechVersV. Die Angaben erfolgten zum Bilanzstichtag. Im Einzelnen wurden folgende Ermittlungsverfahren angewandt:

Die Zeitwerte für **Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** wurden nach der Wertermittlungsverordnung (WertV) vom 6. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2209), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081), und die Wertermittlungsrichtlinien in der Fassung vom 1. März 2006 (Wert R 2006), die die WertV ergänzen, ermittelt.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden nach einem Ertragswertverfahren oder mit dem anteiligen Eigenkapital bewertet.

Die Zeitwerte der als **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** und der **Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, klassifizierten Schuldverschreibungen und Darlehen wurden nach der Renditebewertung nach Moosmüller (Zinskurve sowie bonitäts- und laufszeitspezifischer Risikozuschlag per 31. Dezember 2009) ermittelt.

Für **Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** wurden Börsenkurse, Rücknahmepreise oder Nettoinventarwerte per 31. Dezember 2009 angesetzt (Stichtagsbewertung). Die weltweite Finanzmarktkrise führte in der zweiten Jahreshälfte 2008 zu einem erheblichen Rückgang der Liquidität auf den Märkten für strukturierte Kreditprodukte (Asset Backed Securities, Collateralized Debt Obligations). In Ermangelung eines aktiven Marktes eignen sich die von externen unabhängigen Dritten (Brokern und/oder emittierenden Banken) gestellten Preisindikationen für strukturierte Kreditprodukte (Mark-to-market) unverändert zum Vorjahr nicht zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes. Die in strukturierte Kreditprodukte investierenden Investmentanteile wurden mit dem Nettoinventarwert (Net Asset Value) angesetzt.

Die einzelnen über Investmentanteile gehaltenen strukturierten Kreditprodukte wurden hierbei mit einem Barwertverfahren (Discounted Cashflow-Verfahren, Mark-to-model) bewertet. Die aus den einzelnen strukturierten Kreditprodukten zu erwartenden Zahlungsströme wurden mit laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssätzen abgezinst. Eine Liquiditätskomponente wurde angemessen berücksichtigt. In die Bewertung einfließende Schätzungen beruhen auf allgemein verfügbaren Kapitalmarktdaten. In die Bewertung der strukturierten Kreditprodukte flossen zudem die Preisindikationen externer unabhängiger Dritter ein. Je unsicherer die Einschätzung der zukünftigen Zahlungsströme, desto höher war der Anteil der niedrigeren externen Preisindikationen an den beizulegenden Zeitwerten der einzelnen strukturierten Kreditprodukte. Die Bewertung eines Kreditderivates, das zur Abbildung einer synthetischen Collateralized Debt Obligation in den Investmentanteilen abgeschlossen wurde, erfolgt auf Grundlage der Wertermittlung der emittierenden Bank.

Für **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden im Wesentlichen die Börsenkurse per 31. Dezember 2009 angesetzt.

Die Zeitwerte der **Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen** wurden nach der Renditebewertung nach Moosmüller (Zinskurve sowie bonitäts- und laufzeitspezifischer Risikozuschlag per 31. Dezember 2009) ermittelt.

Die Zeitwerte für **Schuldscheindarlehen und Namenspapiere, sonstige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen** wurden nach der Renditebewertung nach Moosmüller (Zinskurve sowie bonitäts- und laufzeitspezifischer Risikozuschlag per 31. Dezember 2009) ermittelt.

Als Zeitwert von unter den **anderen Kapitalanlagen** ausgewiesenen Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften wurde der Kurswert einer vom Pensionsgeber emittierten Anleihe angesetzt.

Wegen des kurzfristigen Charakters der **Einlagen bei Kreditinstituten** entspricht der Zeitwert dem Buchwert.

Einbeziehung in den Konzernabschluss

Aufgrund unserer beschleunigten Abschlussprozesse haben wir für verschiedene versicherungstechnische Posten eine Abgrenzung in die Folgeperiode vorgenommen. Der Ausweis dieser Abgrenzungsposten erfolgt unter den **sonstigen Vermögensgegenständen**.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten B., C.I. bis C.III. im Geschäftsjahr 2009 (in Tsd. Euro)

	Bilanzwerte Vorjahr
B. Immaterielle Vermögensgegenstände	
1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2.509
C.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	291.535
C.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	39.225
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	180.000
3. Beteiligungen	36.461
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.000
5. Summe C.II.	257.686
C.III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.296.056
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	522.156
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.179.794
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	3.310.486
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.549.990
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	156.329
d) Übrige Ausleihungen	1.257.607
5. Einlagen bei Kreditinstituten	141.000
6. Andere Kapitalanlagen	-
7. Summe C.III.	15.413.418
Zwischensumme C.I. bis C.III.	15.962.639
Gesamt	15.965.148

Im Geschäftsjahr wurden darüber hinaus Abschreibungen auf Agien in Höhe von 5,9 Mio. Euro vorgenommen.

Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann es zu Abweichungen in der Darstellung kommen.

Zugänge Berichtsjahr	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Berichtsjahr
-	-	-	-	1.678	831
592	-	9.027	-	10.530	272.570
-	-	2.951	-	-	36.274
209.816	-	103.446	-	-	286.370
4.501	-	7.615	42	9.945	23.444
-	-	-	-	-	2.000
214.317	-	114.012	42	9.945	348.088
377.871	-	594.093	10.279	67.049	4.023.064
35.104	-	40.205	547	-	517.602
275.684	-	264.027	-	2.393	3.189.058
50.000	-	27.432	-	-	3.333.055
551.590	-	72.533	-	-	3.029.047
23.514	-	108.034	-	-	71.809
1.759	-	317.828	-	52.788	888.750
69.000	-	-	-	-	210.000
100.000	-	-	-	-	100.000
1.484.522	-	1.424.152	10.826	122.230	15.362.385
1.699.431	-	1.547.191	10.868	142.705	15.983.043
1.699.431	-	1.547.191	10.868	144.383	15.983.874

Zeitwerte der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2009 gemäß § 54 RechVersV (in Tsd. Euro)

	2009 Bilanzwerte	2009 Zeitwerte zu Anschaffungs- kosten bilanziert
C.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	272.570	349.585
C.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	36.274	38.227
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	286.370	–
3. Beteiligungen	23.444	25.809
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.000	–
5. Summe C.II.	348.088	64.036
C.III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.023.064	3.909.068
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	517.602	497.374
3. Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	3.189.058	–
4. Sonstige Ausleihungen	7.322.661	651.160
5. Einlagen bei Kreditinstituten	210.000	–
6. Andere Kapitalanlagen	100.000	104.979
7. Summe C.III.	15.362.385	5.162.581
Summe C. Kapitalanlagen	15.983.043	5.576.202
Agien und Disagien	–31.952	
Summe Kapitalanlagen inkl. Agien und Disagien	15.951.091	5.576.202
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert		
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert inkl. Agien und Disagien		

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 12.473,7 Mio. Euro, die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes selbiger Kapitalanlagen beläuft sich auf 12.467,0 Mio. Euro. Hieraus ergibt sich ein Saldo von –6,7 Mio. Euro, sodass zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 keine verteilungsfähigen Bewertungsreserven vorliegen.

Die Umstellung der Bewertungsmethode von Mark-to-market zur Bewertungsmethode Mark-to-model, wie in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben, führte zu einer Erhöhung der Zeitwerte um 15,1 Mio. Euro.

2009 Zeitwerte zum Nennwert bilanziert	2009 Zeitwerte Summe	2008 Bilanzwerte	2008 Zeitwerte zu Anschaffungs- kosten bilanziert	2008 Zeitwerte zum Nennwert bilanziert	2008 Zeitwerte Summe
-	349.585	291.535	371.395	-	371.395
-	38.227	39.225	50.714	-	50.714
298.876	298.876	180.000	178.656	-	178.656
-	25.809	36.461	36.181	-	36.181
2.313	2.313	2.000	-	2.199	2.199
301.189	365.225	257.686	265.551	2.199	267.750
-	3.909.068	4.296.056	3.956.310	-	3.956.310
-	497.374	522.156	477.678	-	477.678
3.332.073	3.332.073	3.179.794	-	3.298.743	3.298.743
6.559.627	7.210.787	7.274.412	-	7.691.492	7.691.492
210.000	210.000	141.000	-	141.000	141.000
-	104.979	-	-	-	-
10.101.700	15.264.281	15.413.418	4.433.988	11.131.235	15.565.223
10.402.889	15.979.091	15.962.639	5.070.934	11.133.434	16.204.368
		-19.712			
10.402.889	15.979.091	15.942.927	5.070.934	11.133.434	16.204.396
	-3.952				241.729
	28.000				261.441

C.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Bilanzwert der fremdgenutzten Grundstücke und Bauten betrug 272,6 Mio. Euro (2008: 291,5 Mio. Euro). Eigengenutzte Grundstücke und Bauten befanden sich 2008 und 2009 nicht im Bestand des Unternehmens.

C.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Aufstellung über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums für Justiz veröffentlicht.

Nachzahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen verbundenen Unternehmen bestanden zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 1,9 Mio. Euro. Die betreffende Beteiligung wurde im Januar 2010 verkauft, sodass diese Nachzahlungsverpflichtung bei Aufstellung des Jahresabschlusses 2009 nicht mehr bestanden hat.

Weitere Nachzahlungsverpflichtungen bestanden bei der Beteiligung an einem inländischen Immobilienfonds in Höhe von 6,6 Mio. Euro. Dem Ziel der stabilen Mittelzuflüsse durch Mieterträge und reale Werterhaltung in einem inflationären Umfeld stehen Risiken wie steigende Liegenschaftszinsen und Mietausfälle gegenüber.

C.III. Sonstige Kapitalanlagen

Im Zuge der Immobilienfinanzierung bestehen für die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung aus zugesagten Baudarlehen Auszahlungsverpflichtungen in Höhe von 228,4 Mio. Euro.

Aus herausgelegten Vertragsangeboten für Baudarlehen, die jedoch vom Kunden noch nicht unterschrieben zurückgesendet wurden, bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 2,0 Mio. Euro.

Aus vorgenannten Auszahlungsverpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten der Erhöhung entsteht die Chance, das Bestandsvolumen und somit auch die Zinserträge zu erhöhen, während Risiken im Ausfall der Hypothekenbesicherung zu sehen sind.

Es bestehen Zahlungsverpflichtungen aus den Investitionen in einen Immobilienfonds in Höhe von 14,2 Mio. Euro, von denen man sich stabile Mittelzuflüsse sowie einen realen Werterhalt in einem inflationären Umfeld erwartet. Diesen Chancen stehen Risiken in Form von fallenden Mieterträgen sowie einer fallenden Capitalization Rate gegenüber.

Für Namensschuldverschreibungen zur Sicherung von zukünftigen Zinsen und somit Zinserträgen, bei denen die Zinskonditionen bei Vertragsabschluss festgeschrieben werden, bestehen ebenfalls Nachzahlungsverpflichtungen in Höhe von 330,0 Mio. Euro. Aufgrund des vereinbarten Zinses resultieren bei niedrigerem Marktzins höhere Zinserträge und höhere Marktwerte dieses Titels. Bei höherem Marktzins ergibt sich eine inverse Situation.

Zuordnung von Kapitalanlagen zum Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB

Auf Grundlage nachfolgender Darstellungen nimmt die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung die Möglichkeit des § 341b HGB in Anspruch, Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zuzuordnen, weil sie dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

Die Entscheidung über die Zweckbestimmung der Kapitalanlagen ist mit Beschluss des Vorstandes der DBV-Winterthur Lebensversicherung AG wie folgt getroffen worden:

1. Im Geschäftsjahr 2009 waren Kapitalanlagen mit einem Buchwert von 4.685 Mio. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet (2008: 4.788 Mio. Euro). Dies entspricht einem Anteil von 29% an den gesamten Kapitalanlagen (2008: 30%).

2. Grundlage für die Bestimmung

Die Bestimmung, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wird aus folgenden Indikatoren abgeleitet:

2.1. Die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung ist in der Lage, die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen so zu verwenden, dass sie dauernd dem Geschäftsbetrieb dienen können.

- 2.2. Aufgrund der laufenden Liquiditätsplanung besitzt die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung die Fähigkeit zur Daueranlage der betreffenden Kapitalanlagen.
- 2.3. Die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden in der Buchhaltung jeweils auf gesonderten Konten von den anderen Wertpapieren getrennt erfasst. Eine depotmäßige Trennung von Anlage- und Umlaufvermögen ist gewährleistet.
3. Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden Abschreibungen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gemäß § 341 b HGB vorgenommen.

Die Methoden für die Beurteilung der voraussichtlich dauernden Wertminderung bei den Aktien, Investmentanteilen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben.

Unter Anwendung dieser Methoden ergab sich eine Notwendigkeit für eine außerplanmäßige Abschreibung auf Investmentanteile ohne eindeutigen Anlageschwerpunkt (gemischte Fonds), die jeweils als ein eigenständiges Wertpapier angesehen und entsprechend bewertet werden, in Höhe von 58,5 Mio. Euro.

Bei Investmentanteilen, die überwiegend Rentenpapiere beinhalten und stille Lasten ausweisen, ergab sich die Notwendigkeit für eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 0,4 Mio. Euro.

Die Gesellschaft hält über einen Investmentanteil ein Kreditderivat, über das sie dem Ausfallrisiko einer synthetischen Collateralized Debt Obligation (CDO) ausgesetzt ist. Ausfälle im Referenzportfolio des Kreditderivates führten zu einer Reduktion des bis zum (Teil-)Ausfall der synthetischen CDO verbleibenden Puffers (sogenannte Subordination). Im Geschäftsjahr haben wir das Ausfallrisiko des synthetischen CDO durch verschiedene Restrukturierungsmaßnahmen deutlich reduziert.

Die Methoden für die Beurteilung der voraussichtlich dauernden Wertminderung bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben. Hieraus ergab sich keine Notwendigkeit für außerplanmäßige Abschreibungen.

Zum 31. Dezember 2009 waren dem Anlagevermögen Kapitalanlagen zugeordnet, die stille Lasten ausweisen. Die Zeitwerte dieser Kapitalanlagen lagen um 194 Mio. Euro unter den entsprechenden Buchwerten. Wir gehen aufgrund unserer Erwartung der zukünftigen Marktentwicklung von vorübergehenden Wertminderungen der Kapitalanlagen aus.

Nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertete Kapitalanlagen

in Tsd. Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr	Differenz
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	286.370	298.876	12.506
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.881.239	3.758.516	-122.723
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	517.602	497.374	-20.228
Summe Wertpapiere	4.685.211	4.554.766	-130.445

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Lebensversicherungspolice

Bei den hier aufgeführten Kapitalanlagen handelt es sich ausschließlich um Kapitalanlagen, deren Wert durch die Weiterentwicklung oder durch die Überschüsse bei fondsgebundenen Verträgen bestimmt wurde.

in Tsd. Euro	2009		2008	
Der Anlagestock bestand aus:	Anzahl der Anteilseinheiten		Anzahl der Anteilseinheiten	
Credit Suisse Eastern Europe B	3.271	265	2.553	120
Credit Suisse Eq. Fd. (Lux) Small Cap Europa	1.576	1.741	1.335	1.025
Credit Suisse Equity FD Future Energy -B-	35.942	308	25.295	169
CS Bond Fund EURO FLV	60.086	23.866	56.342	21.712
CS Bond Fund (Lux)Euro B	-	-	-	-
CS Global Sustainability	-	-	-	-
CSEF Small Cap Europe	-	-	-	-
CS Eureal A	10.851	649	6.506	372
CS Eastern Europe B	-	-	-	-
CS Money Market Fund EURO FLV	1.041	457	1.035	453
DBV-Win Fund Dow Jones Industrial Average FLV	482.752	34.774	424.144	24.748
DBV-Win Fund Euro Stoxx 50 FLV	593.468	56.546	530.628	39.134
DWS FlexPension 2021	6.862	763	5.221	576
DWS FlexPension 2022	6.310	690	4.738	518
DWS FlexPension 2013	722	85	715	81
DWS FlexPension 2014	370	44	465	53
DWS FlexPension 2015	54.445	6.346	47.872	5.407
DWS FlexPension 2016	4.305	503	3.845	436
DWS FlexPension 2017	4.543	526	3.806	430
DWS FlexPension 2018	9.964	1.156	8.037	910
DWS FlexPension 2019	5.880	690	4.588	527
DWS FlexPension 2020	6.888	793	5.000	566
DWS FlexPension II 2019	20	2	-	-
DWS FlexPension II 2020	59	6	-	-
DWS FlexPension II 2021	51	6	-	-
DWS FlexPension II 2022	16	2	-	-
DWS FlexPension II 2023	84	9	-	-
DWS FlexPension II 2024	26.429	2.917	-	-
DWS FlexPension 2023	83.281	8.883	68.382	7.339
DWS Invest European Equities LC	1.974	212	1.199	95
DWS Vermögensbildungsfonds I	3.890	324	2.217	151
Fidelity Fun European Fund A	26.930	229	19.298	126
Fidelity International Fund US FLV	274.100	5.735	179.286	2.827
Fidelity International Fund FLV	571.416	11.943	568.724	8.974
M&G Global Basics Fund A	37.390	720	25.536	341
Templeton Asian Growth Fund A	24.121	427	18.911	174
Templeton Growth Fund A	35.732	306	27.217	186
Windex Fondsgebundene LV*	-	12.514	-	11.222
WinGlobal Fund Equity-Index Japan	28.983	1.691	27.529	1.567
Zeitwert per 31.12.		176.128		130.239

* Die Windex-Police ist eine aktienindexgebundene Lebensversicherung (ALLV). Der Wert entspricht einem Basisbetrag von 6.560 Tsd. Euro und ist an den Deutschen Aktienindex DAX gekoppelt. Die Wertpapierunterlegung setzt sich aus einem Zero-Bond und OTC-Optionen auf den DAX zusammen.

E.III. Sonstige Forderungen

in Tsd. Euro	2009	2008
darin enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	17.607	9.456
fällige Zins- und Mietforderungen	5.588	12.139
Forderungen an die Finanzbehörde	7.678	25.345
Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen	108.723	104.008
noch zuzuordnende Zahlungsvorgänge	3.065	39.922

F.III. Andere Vermögensgegenstände

Der Posten enthält vorausgezahlte Versicherungsleistungen in Höhe von 109.345 Tsd. Euro (2008: 145.061 Tsd. Euro) und Abgrenzungen, die im Rahmen unserer beschleunigten Abschlussprozesse gebildet wurden in Höhe von 11.760 Tsd. Euro (2008: 15.221 Tsd. Euro).

G.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten enthält abgrenzte Zinsforderungen in Höhe von 178.535 Tsd. Euro (2008: 204.213 Tsd. Euro) und auf die Folgejahre entfallende Agio-beträge zu den sonstigen Ausleihungen in Höhe von 20.165 Tsd. Euro (2008: 38.811 Tsd. Euro).

H. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre

Der Posten betrifft die voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre. Die Veränderung des Postens resultiert zum einen aus der Aktivierung von latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz aus Vorjahren in Höhe von 42.794 Tsd. Euro und zum anderen aus der Aktivierung von latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz aus dem Jahr 2009 in Höhe von 23.478 Tsd. Euro.

Passiva

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 94.639.558 vinkulierte Namensaktien im Nennwert von je 1 Euro. Die DBV Holding AG, Wiesbaden, hat uns mitgeteilt, dass sie zu 94,9% beteiligt ist.

B.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

in Tsd. Euro	2009	2008
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	1.072.161	1.063.985
Entnahme im Geschäftsjahr	173.878	179.109
Zuweisung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	124.800	187.285
Stand am Ende des Geschäftsjahres	1.023.083	1.072.161

in Tsd. Euro	2009	2008
Es wurde festgelegt für noch nicht zugeteilte		
a. laufende Überschussanteile	131.479	127.352
b. Schlussüberschussanteile	46.880	46.441
c. Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven		
d. Beteiligung an Bewertungsreserven (ohne c.)		
Anteile des Schlussüberschussanteilsfonds für		
e. die Finanzierung von Gewinnrenten		
f. die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen	327.722	317.415
g. die Finanzierung von Mindestbeteiligungen an Bewertungsreserven		
freie RfB	517.002	580.953
Stand am Ende des Geschäftsjahres	1.023.083	1.072.161

Die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer und die Überschussanteilsätze sind auf den Seiten 54 bis 66 erläutert.

D.III. Sonstige Rückstellungen

in Tsd. Euro	2009	2008
darin enthalten:		
Rückstellungen für noch nicht gezahlte Provisionen	1.398	711
Rückstellungen für Tantiemen	270	291
Rückstellung Jahresabschlusskosten	321	249
Rückstellung aus dem Grundstücksbereich	1.980	2.142
Rückstellungen für Restrukturierungsaufwendungen	11.236	12.909
Rückstellung IHK-Beiträge	436	437
Rückstellung für Zinsen aus Abrechnungskontokorrenten	0	1.500
Rückstellungen für Rückdeckungsversicherung	0	9.281
Rückstellung für drohende Verluste aus Kapitalanlagen	911	0

F.I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

In den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern sind verzinslich angesammelte Überschussanteile von 1.332 Mio. Euro (2008: 1.545 Mio. Euro) enthalten.

F.III. Sonstige Verbindlichkeiten

in Tsd. Euro	2009	2008
darin enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	75.188	200.932
Verbindlichkeiten aus Führungsfremdgeschäft	5.561	4.108
durch die Bank noch nicht belastete Auszahlungen	14.083	14.836
Nachzahlungsverpflichtungen gegenüber Pensionssicherungsverein	1.343	897
Verbindlichkeiten aus Heiz- und Nebenkostenabrechnungen	4.733	4.795
Verbindlichkeiten aus dem Abrechnungskontokorrent Leistungen	0	39.181
noch zuzuordnende Zahlungsvorgänge	4.150	64.271

Im Rahmen der Eingliederung in den AXA Konzern wurde der Ausweis der Verbindlichkeiten aus dem Abrechnungskontokorrent Leistungen dem Ausweis bei den anderen AXA Lebensversicherern angepasst und unter der Position „Verbindlichkeiten aus dem abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern“ gezeigt.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

in Tsd. Euro	2009	2008
darin enthalten:		
auf Folgejahre entfallende Disagiobeträge		
aus Hypotheken	924	1.222
aus sonstigen Ausleihungen	51.193	57.300
im Voraus gezahlte Zinsen und Mieten	0	9

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

in Tsd. Euro	2009	2008
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft:		
– aus		
Einzelversicherungen	1.254.586	936.591
Kollektivversicherungen	372.058	398.301
Gesamt	1.626.644	1.334.892
untergliedert nach		
laufende Beiträge	1.046.889	1.100.318
Einmalbeiträge	579.755	234.575
Gesamt	1.626.644	1.334.892
– untergliedert nach Beiträgen im Rahmen von Verträgen		
ohne Gewinnbeteiligung	–	–
mit Gewinnbeteiligung	1.588.690	1.294.438
bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	37.954	40.454
Gesamt	1.626.644	1.334.892
– für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft		
Gesamt	22.233	2.190
Gesamtes Versicherungsgeschäft:	1.648.877	1.337.082

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo von 4.736 Tsd. Euro (2008: 6.564 Tsd. Euro) zugunsten der Rückversicherer setzt sich zusammen aus den verdienten Beiträgen der Rückversicherer und den Anteilen der Rückversicherer an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle, den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb und den Veränderungen der Brutto-Deckungsrückstellung.

Die Veränderung des Rückversicherungssaldos resultiert neben gesunkenen Erstattungen der Rückversicherer für Schadenfälle im Wesentlichen aus einer zusätzlichen Rückversicherung zur Absicherung und Vorfinanzierung von Gewinnbeteiligungen im Restschuldgeschäft entsprechend einer analogen Vereinbarung mit dem betroffenen Vertragspartner; im Rückversicherungssaldo sind entsprechend den zusätzlichen Erträgen in 2008 sowie (in geringerem Maß) in 2009 in den Folgejahren ab 2010 voraussichtlich versicherungstechnische Aufwendungen zu erwarten.

I.3.c. Erträge aus Zuschreibungen

Bei den Erträgen aus Zuschreibungen in Höhe von 10.868 Tsd. Euro (2008: 17.838 Tsd. Euro) handelte es sich um Wertaufholungen gemäß § 280 HGB.

I.5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung

Die sonstigen versicherungstechnischen Erträge beinhalten die Veränderung der rechnerisch gedeckten Abschlusskosten in Höhe von 1.123 Tsd. Euro (2008: 0 Tsd. Euro).

I.10.b. Abschreibung auf Kapitalanlagen

Bei den Kapitalanlagen haben wir 139.324 Tsd. Euro (2008: 59.118 Tsd. Euro) außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB vorgenommen.

I.12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Die sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen beinhalten Zinsen aus angesammelten Überschussanteilen und Direktgutschriften in Höhe von 90.346 Tsd. Euro (2008: 96.168 Tsd. Euro), Veränderung der rechnerisch gedeckten Abschlusskosten in Höhe von 0 Tsd. Euro (2008: 6.959 Tsd. Euro) sowie Depotzinsen aus Rückversicherung in Höhe von 4.638 Tsd. Euro (2008: 5.221 Tsd. Euro).

II.1. Sonstige Erträge

Hier sind Erträge aus Dienstleistungen in Höhe von 7.352 Tsd. Euro (2008: 23.687 Tsd. Euro), Erträge aus der Auflösung nichttechnischer Rückstellungen in Höhe von 627 Tsd. Euro (2008: 2.992 Tsd. Euro) sowie Rentenzahlungen und Veränderungen des Aktivwertes aus einer Rückdeckungsversicherung in Höhe von 14.248 Tsd. Euro (2008: 5.429 Tsd. Euro) ausgewiesen.

II.2. Sonstige Aufwendungen

In dieser Position sind Kosten für die Integration mit 11.062 Tsd. Euro (2008: 14.305 Tsd. Euro), Aufwendungen für Dienstleistungen mit 7.352 Tsd. Euro (2008: 23.881 Tsd. Euro) und Aufwendungen aus der Zinszuführung zur Pensionsrückstellung mit 4.775 Tsd. Euro (2008: 4.943 Tsd. Euro) ausgewiesen.

II.4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfiel ein Ertrag in Höhe von 51.416 Tsd. Euro (2008: 19.263 Tsd. Euro). Der Ertrag resultiert im Wesentlichen aus der Aktivierung von latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz aus Vorjahren. Die sonstigen Steuern weisen einen Aufwand von 804 Tsd. Euro (2008: 666 Tsd. Euro) aus.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

in Tsd. Euro	2009	2008
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	34.573	41.558
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	7.660	8.064
3. Löhne und Gehälter	649	532
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	4.514	4.214
Aufwendungen insgesamt	47.399	54.368

Überschussbeteiligung

Die Überschussbeteiligung für das Kalenderjahr 2010 nehmen wir nach den Grundsätzen vor, die § 81c VAG entsprechen und deren Einhaltung die Aufsichtsbehörde überwacht. Für alle Tarifgruppen vor 1995 sind die Formen und Verwendungsmöglichkeiten der Überschussbeteiligung und die Bemessungssummen im Geschäftsplan für die Überschussbeteiligung festgelegt. Die Bemessungsgröße für den Grund-Überschussanteil ist im Allgemeinen die Versicherungssumme oder der Risikobeitrag, für den Schluss-Überschussanteil das erreichte Ansammlungsguthaben bzw. das erreichte Bonus-Deckungskapital.

In Abstimmung mit unserem Verantwortlichen Aktuar werden für das allgemeine Geschäft die nachfolgend aufgeführten Sätze für die Überschussbeteiligung festgelegt. Versicherungen in Rahmen- und Gruppen-Versicherungsverträgen mit besonderer Abrechnung erhalten die Überschussanteile aus dem Geschäftsjahr 2009 nach den hierfür gültigen Vereinbarungen.

Der Versicherungsbestand entstand durch Zusammenführung mehrerer Versicherungsbestände. Zur Kennzeichnung einzelner Teilbestände ist den jeweiligen Tarif- und Produktbezeichnungen ein A vorangestellt, soweit es sich um Versicherungen der ehemaligen Deutschen Beamten Lebensversicherung handelt, ein B für Versicherungen der ehemaligen „Winterthur“ Lebensversicherung

Deutschland, ein C für Versicherungen der ehemaligen Commerzbank+Partner Lebensversicherung (bis Tarifgruppe 1994) bzw. der ehemaligen Delfin Direkt Lebensversicherung (nur Produktgruppe 1995), ein D für Versicherungen der DBV-Winterthur Lebensversicherung und ein N für Familien-Unfall-Sterbegeldversicherungen der ehemaligen WL Niederlassung Deutschland der Winterthur Lebensversicherungs-Gesellschaft.

I. Hauptversicherungen

A. Einzel-Kapitalversicherungen

(einschl. Gruppen- und Sammelversicherungen nach rabattierten Einzeltarifen)

Die Sätze laufender und einmaliger Überschussanteile (der Zusatz S steht für Versicherungen mit unterschiedlicher Todes- und Erlebensfallsumme, der Zusatz T für Versicherungen der Tarife 20 und 30, der Zusatz V für vermögensbildende Versicherungen, in der Produktgeneration 2000 steht der Zusatz I für Versicherungen mit Beginn vor dem 1. August 2001, der Zusatz II für alle Beginne danach; in der Tarifgeneration 1986 steht der Zusatz I für Versicherungen mit Beginn vor dem 1. Januar 1989, der Zusatz II für alle Beginne danach) betragen im Einzelnen:

Produkt-/Tarifgruppe

	Grund-Überschussanteil in % des maßgebenden Risikobeitrags	Zins-Überschussanteil in % des maßgebenden VN-Guthabens	Schluss-Überschussanteil in % der maßgebenden Bemessungssumme
D 2008	45	1,75	20
D 2007	45	1,75	20
N 2007	15	1,75	-
D 2004	50	1,25	25
N 2004	20	1,50	-
D 2000 II	50	0,75	15
D 2000 I	50	0,75	12
A 1995 S	40	0,00	-
A 1995 V	40	0,00	-
B 1995	50	0,00	22
C 1995	40	0,00	-
N 1992	20	0,75	-
B 1987	60	0,50	15
N 1982	40	1,25	-

Produkt-/Tarifgruppe

	Grund-Überschuss- anteil in ‰ der Bemessungssumme	Zins-Überschuss- anteil in ‰ des VN-Guthabens	Schluss-Überschuss- anteil in ‰ der Bemessungssumme – Jahresanteil –
A 1995	1,80	0,00	–
A 1986 II	3,00	0,50	–
C 1986 II	3,00	0,50	–
A 1986 I	3,60	0,00	–
C 1986 I	3,60	0,00	–
C 1986 V	2,40	0,50	–
C 1967 T	3,84	1,00	–
A 1924	4,80	1,00	–

Grund-Überschussanteile erhalten beitragspflichtige Versicherungen (in den Teilbeständen B und D und in der Produktgruppe A 1995 V alle Versicherungen) laufend ab Beginn der Versicherung in Teilbeträgen entsprechend den für ein Versicherungsjahr entrichteten Beitragsraten. Die Verwendung erfolgt zusammen mit dem Zins-Überschussanteil.

Der Grund-Überschussanteil für weibliche Versicherte in den Tarifgruppen C 1967 T und A 1924 erhöht sich um 0,60‰, in der Tarifgruppe N 1982 um 20% der Bemessungssumme. Bei Dread-Disease-Versicherungen erhöht er sich in der Produktgruppe A 1995 für weibliche Versicherte um 0,12‰ und für männliche Versicherte um 0,24‰ der Bemessungssumme; in der Tarifgruppe A 1986 gelten für die Erhöhung die doppelten Sätze.

Bei Variante W5 des Wahlsystems der Überschussbeteiligung beträgt die Mindestleistung aus der Überschussbeteiligung im Todesfall 300‰ der Bemessungssumme. Der Grund-Überschussanteil vermindert sich für weibliche Versicherte um 0,36‰, für männliche Versicherte um 0,48‰.

Zins-Überschussanteile erhalten alle Versicherungen zum Schluss des im laufenden Kalenderjahr endenden Versicherungsjahres. Sie werden zur Bildung einer beitragsfreien Bonussumme oder zur verzinslichen Ansammlung verwendet oder im Teilbestand B auch anteilig diskontiert ausgezahlt.

Versicherungen im Teilbestand D erhalten Schluss-Überschussanteile nach obiger Tabelle; beitragsfreie Versicherungsjahre werden bei der Gewichtung der Bemessungssumme hälftig berücksichtigt.

Versicherungen im Teilbestand B erhalten Schluss-Überschussanteile nach obiger Tabelle. Für Versicherungsdauern unter 12 Jahren wird der Überschussatz für jedes darunter liegende Jahr um $\frac{1}{12}$ des Deklarationssatzes vermindert. Maßgebende Bemessungssumme ist der Teil des Ansammlungsguthabens, der durch laufende Überschussanteile ab dem in 1995 beginnenden Versicherungsjahr und deren Verzinsung entstand. Diese wird für beitragsfrei endende Versicherungen der Produktgruppe B 1995 mit 70% bewertet.

Versicherungen der Tarifgruppen A 1986, C 1986 und C 1986 V erhalten Schluss-Überschussanteile in Promille der Bemessungssumme nach obiger Tabelle; der Jahresanteilsatz bei Dread-Disease-Versicherungen beträgt 0,00‰. Sie werden im laufenden Kalenderjahr bei Ablauf der Versicherungsdauer für beitragspflichtig zurückgelegte Versicherungsjahre in Höhe der Summe der für diese Zeit maßgeblichen Jahresanteilsätze gezahlt.

Alle Schluss-Überschussanteile werden bei Ablauf der Versicherung fällig. Endet die Versicherung durch Eintritt des Versicherungsfalls oder Rückkauf, erfolgt eine zeitanteilige Auszahlung, wenn seit Abschluss der Versicherung mindestens ein Drittel oder zehn Jahre der vereinbarten Dauer vergangen sind und in der Produktgruppe D 2008 die versicherte Person das 58. Lebensjahr vollendet hat und die Zeit bis zum Ablauf höchstens noch zehn Jahre beträgt.

Versicherungen der Produktgruppen A 1995, A 1995 S, A 1995 V und C 1995 erhalten bei Ablauf der Versicherung einen Treuebonus, bemessen in Prozent der Summe aller über die Versicherungsdauer vorhandenen Versicherungsnehmer-Guthaben. Einmalbeitragsversicherungen werden mit 30% bewertet, beitragsfreie Versicherungen mit 88%. Die Bewertung vermindert sich für jedes beitragsfreie Jahr um 4%, beträgt jedoch mindestens 30%. Für das laufende Kalenderjahr beträgt der Treuebonus 0,90%, für Dread-Disease-Versicherungen 0,60%, für Versicherungen der Produktgruppe A 1995 V 0,70%. Bei Tod und Abruf während der Vertragsdauer oder bei Kündigung nach der Hälfte der Versicherungsdauer wird der Treuebonus anteilig fällig.

Versicherungen der Teilbestände D und B, der Tarifgruppen A 1986, C 1986, C 1967 T und

A 1924 erhalten eine Nachdividende in Prozent des Deckungskapitals zum Stichtag des Abgangs, die in den Teilbeständen D und B gemäß den Modalitäten bei der Schluss-Überschussbeteiligung gewichtet wird. Der Prozentsatz beträgt 0,30% für jedes vollendete Versicherungsjahr, höchstens jedoch 6,00% in den Teilbeständen D und B, sonst 3,00%. Die Nachdividende erhalten im laufenden Kalenderjahr alle Versicherungen, die ablaufen oder in Zeiträumen enden, in denen kein Stornoabzug mehr einbehalten wird. Für die älteren Tarifgruppen wird eine anteilige Nachdividende bei Eintritt des Versicherungsfalls gezahlt.

Im Konsortialgeschäft mit MLP, das mit den Rechnungsgrundlagen des federführenden Versicherers kalkuliert ist, gelten für unseren Anteil die folgenden Sätze:

Produkt-/Tarifgruppe

	Grund-Überschussanteil in % des maßgebenden Risikobeitrags	Zins-Überschussanteil in % des maßgebenden Guthabens	Schluss-Überschussanteil in % der maßgebenden Bemessungssumme
M 2007	27,5	1,75	40
M 2004	27,5	1,25	50
M 2001	20,0	0,90	–

Für Versicherungen der Produktgruppe M 2001 mit reduziertem Rechnungszins erhöht sich der Zins-Überschussanteil um 1,5%. Zusätzlich erhalten die Versicherungen einen Kosten-Überschussanteil von 2,0% des maßgebenden Beitrags, in der Produktgruppe M 2001 von 3,0%. Ferner wird beim Abgang aus dem Bestand eine Nachdividende in Höhe von 0,05% der Bemessungssumme, für die Produktgruppe M 2001 in Höhe von 0,25% gezahlt.

Zuteilung, Gewichtung und Fälligkeit der einzelnen Komponenten der Überschussbeteiligung richten sich nach den Modalitäten des führenden Versicherers.

B. Gruppen/Kollektiv-Kapitalversicherungen

Die Sätze der laufenden und einmaligen Überschussanteile (wobei der Zusatz F für Firmen- und V für Vereinsversicherungen steht; in der Produktgeneration 2000 steht der Zusatz I für Versicherungen mit Beginn vor dem 1. August 2001, der Zusatz II für Beginne danach) betragen im Einzelnen:

Produkt-/Tarifgruppe

	Grund-Überschussanteil in % des maßgebenden Beitrags	Grund-Überschussanteil in % des maßgebenden Risikobeitrags	Zins-Überschussanteil in % des maßgebenden Versichertenkapitals	Schluss-Überschussanteil in % der maßgebenden Bemessungssumme
D 2008 F	–	45	1,75	20
D 2008 V	10	–	1,75	–
D 2007 F	–	45	1,75	20
D 2007 V	10	–	1,75	–
D 2004 F	–	50	1,25	25
D 2004 V	10	–	1,25	–
D 2000 F II	–	50	0,75	15
D 2000 F I	–	50	0,75	12
D 2000 V	10	–	0,75	–
A 1995 F	–	45	0,00	–
A 1995 V	10	–	0,00	–
B 1995	–	50	0,00	22
B 1987	–	60	0,50	15
A 1986 F	–	–	0,50	–
A 1986 V	20	–	0,50	–

Der Grund-Überschussanteil wird allen Versicherungen (in der Tarifgruppe A 1986 F nur beitragspflichtigen Versicherungen in Höhe von 2,40‰ der Versicherungssumme) laufend ab Beginn der Versicherung in Teilbeträgen – entsprechend den für ein Versicherungsjahr entrichteten Beitragssraten – gewährt. Die Verwendung zur Bildung einer beitragsfreien Bonussumme oder zur verzinslichen Ansammlung erfolgt zusammen mit dem Zins-Überschussanteil am Ende des Versicherungsjahres.

Der Zins-Überschussanteil wird für beitragspflichtige und beitragsfreie Versicherungen zum Schluss des im laufenden Kalenderjahr endenden Versicherungsjahres gewährt und kann im Teilbestand B anteilig diskontiert ausgezahlt werden.

Versicherungen im Teilbestand B, der Tarifgruppe A 1986 F und Firmenversicherungen im Teilbestand D erhalten Schluss-Überschussanteile nach den Modalitäten der entsprechenden Einzelversicherung. Die im laufenden Kalenderjahr gültigen Sätze enthält obige Tabelle; der Jahresanteilsatz der Tarifgruppe A 1986 F beträgt 1,80‰ der Bemessungssumme.

Alle Versicherungen der Produktgruppe A 1995 F erhalten einen Treuebonus nach den Modalitäten der entsprechenden Einzelversicherung. Für das laufende Kalenderjahr beträgt der Treuebonus 0,90%.

Firmenversicherungen der Teilbestände D und B erhalten eine Nachdividende in Art und Höhe der entsprechenden Einzelversicherung.

Kapitalversicherungen für Vereine der Tarifgruppen A 1967 und A 1924

Beitragspflichtige Versicherungen erhalten als laufende Überschussanteile 30%, weibliche Versicherte zusätzlich 5% des überschussberechtigten Beitrags. Ab Beginnjahr 1988 wird ein Teil der Überschussanteile als Beitragsvorwegabzug gewährt, der Überschussanteilsatz verringert sich entsprechend. Der Beitragsvorwegabzug beträgt für weibliche Versicherte 25% und für männliche Versicherte 10% des für das laufende Kalenderjahr zu entrichtenden Beitrags.

Bei beitragsfreien Versicherungen beträgt der laufende Überschussanteil 10% der Versicherungssumme.

C. Risikoversicherungen

Alle Versicherungen erhalten laufende Überschussanteile ab Beginn der Versicherung in Teilbeträgen – entsprechend den für ein Versicherungsjahr entrichteten Beitragsraten – als Beitragsvorwegabzug. Stattdessen kann (außer in Produktgruppe C 1995) eine erhöhte Todesfallleistung oder die verzinsliche Ansammlung der laufenden Überschussanteile vereinbart werden. Die Sätze der laufenden oder alternativ wählbaren einmaligen Überschussanteile (wobei der Zusatz E Einzeltarife, der Zusatz K Gruppen-/Kollektivtarife und der Zusatz R/NR nach Rauchverhalten differenzierte Tarife bezeichnet) betragen im Einzelnen:

Produkt-/Tarifgruppe

	lfd. Überschussanteil in % des Bemessungs- beitrags	Todesfallleistung in % der Versicherungssumme
D 2008	45	80
D 2007	45	80
D 2004	50	100
D 2000	50	100
A 1996	50	100
A 1995	40	70
B 1995 E	35	50
B 1995 K	45	80
C 1995	55	–
C 1995 R/NR	62	–
B 1987	50	100
A 1986	50	100
C 1986	50	100
A 1967	60	150
Tarif 66	23	–
Tarif 21C	28	–

In der Tarifgruppe A 1967 erhöht sich der laufende Überschuss für weibliche Versicherte um 10% des Bemessungsbeitrags, die zusätzliche Todesfallleistung um 40% der Versicherungssumme. Bei Tarif 66 wird im Leistungsfall zudem ein Bonus in Höhe von 14% der aktuellen Versicherungssumme, bei Tarif 21 C in Höhe von 20% für männliche und 37% für weibliche Versicherte fällig.

Einmalbeitragsversicherungen und nicht vertraglich beitragsfrei gestellte Versicherungen im Teilbestand B mit Versicherungsbeginn ab 1993 erhalten eine Schlusszahlung in Prozent der maßgebenden Versicherungssumme entsprechend den oben genannten Sätzen. Für die Produktgruppe C 1995 wird ein laufender Überschussanteil in Höhe der deklarierten Sätze bezogen auf den durch die beitragsfreie Laufzeit geteilten Einmalbeitrag zugeteilt und verzinslich angesammelt.

D. Rentenversicherungen und Pflegerentenversicherungen

(Einzel- und Gruppen-/Kollektivversicherungen)

Versicherungen der ehemaligen Tarifgruppe A 1951 und Rentenversicherungen im Leistungsbezug der Tarifgruppen A 1994 und älter sind in der Tarifgruppe A 1994 zusammengefasst.

Die Versicherungen erhalten eine laufende Zins-Überschussbeteiligung und eine Schluss-Überschussbeteiligung in Prozent der jeweiligen Be-

messungsgröße. Die Sätze für die Tarif- und Produktgruppen (der Zusatz A steht für Versicherungen nach dem Altersvermögensgesetz, der Zusatz P für Pflegerentenversicherungen; in der Produktgeneration 2000 steht der Zusatz I für Versicherungen mit Beginn vor dem 1. August 2001, der Zusatz II für Beginne danach; in der Produktgeneration 1986 steht der Zusatz I für Versicherungen mit Beginn vor dem 1. Juli 1994, der Zusatz II für alle Beginne danach) betragen im Einzelnen:

Produkt-/Tarifgruppe

	in der Aufschubzeit	Zins-Überschussanteile im Leistungsbezug mit		Schluss- Überschuss- anteile
		dyn. Erhöhung	Zusatzrente	
D 2008 A	1,75	2,00	–	10
D 2007 A	1,75	2,00	–	10
D 2006 A	1,25	1,50	–	15
D 2005 A	1,25	1,50	–	15
D 2004 A	1,25	0,00	–	15
D 2000 A	0,75	0,00	–	15
D 2010	1,75	2,00	2,00	–
D 2008	1,75	2,00	2,00	20
D 2007	1,75	2,00	2,00	20
D 2005	1,25	1,50	1,50	25
D 2004	1,25	0,00	0,00	15
D 2000 II	0,75	0,00	0,00	15
D 2000 I	0,75	0,00	0,00	12
A 1995	0,00	0,00	0,00	–
B 1995	0,00	0,00	0,00	12
C 1995	0,00	0,00	0,00	–
A 1994	0,00	0,00	–	–
A 1986 I	0,50	0,00	–	–
A 1986 II	0,50	0,00	–	–
A 1986 P	0,50	0,00	–	–
B 1986 I	0,50	0,00	–	15
B 1986 II	0,50	0,00	–	12

Statt der laufenden Zins-Überschussbeteiligung werden bei anwartschaftlichen Versicherungen aller Produkt-/Tarifgruppen vor D 2005 die jeweiligen Deklarationswerte einer gesonderten Rückstellung zugeführt, die der Finanzierung der erhöhten Leistungsdauer im Rentenbezug dient; bei Abgang in der Aufschubzeit erhöht sich die Leistung aus der Überschussbeteiligung entsprechend.

Ist beim Wechsel in den Leistungsbezug die Finanzierung der erhöhten Leistungsdauer nach aktuellen Sterbetafeln abgeschlossen, wird diese Versicherung in die parallele Produkt-/Tarifgruppe D 2005 mit dieser Sterbetafel umgestellt und die Bezeichnung um die Ursprungsgeneration ergänzt. Die Zins-Überschussbeteiligung dieser Bestände beträgt im Einzelnen:

Produkt-/Tarifgruppe

	dyn. Erhöhung	Zusatzrente
D 2005/2004 A	1,25	-
D 2005/2000 A	0,75	-
D 2005/2004	1,25	1,25
D 2005/2000	0,75	0,75
D 2005/1995	0,00	0,00
D 2005/1994	0,00	-
D 2005/1986	0,50	-

Zins-Überschussanteile werden zum Schluss des im laufenden Kalenderjahr endenden Versicherungsjahres, für Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz monatlich, zeitanteilig gewährt. Bemessungsgröße ist für anwartschaftliche Versicherungen der Produktgruppe D 2010 bei Aufschubzeiten bis zu 15 Jahren das Versicherungsnehmer-Guthaben des Vorjahres, sonst des Vorvorjahres; für die anderen anwartschaftlichen Versicherungen ist die Bemessungsgröße das Versicherungsnehmer-Guthaben; für Versicherungen im Leistungsbezug ist die Bemessungsgröße das überschussberechtigte Deckungskapital. Laufende Überschussanteile werden in der Aufschubzeit verzinslich angesammelt und ab Rentenbeginn zur Erhöhung der Rente verwendet, sofern keine andere Verwendungsform vereinbart wurde.

Versicherungen der Produkte MR 9 und MR 20 der Produktgruppen D 2005 und jünger erhalten einen Grund-Überschussanteil in Höhe von 45% des Risikobeitrags. Dieser wird allen Versicherungen laufend ab Beginn der Versicherung gewährt und zusammen mit dem Zins-Überschussanteil am Ende des Versicherungsjahres verwendet.

Versicherungen der Produktgruppe D 2010 erhalten am Ende der Anwartschaftszeit Schluss-Überschussanteile bemessen in Prozent der Summe aller über die Versicherungsdauer akkumulierten Versicherungsnehmer-Guthaben. Die Fortschreibung dieser Bemessungsgröße erfolgt zum Jahrestag der Versicherung unter Berücksichtigung eines mit 1,00% über der deklarierten Gesamtverzinsung liegenden Zinsfaktors und eines Bewertungsfaktors. Beitragspflichtige Perioden werden mit 100%, Einmalbeitragsversicherungen und tariflich beitragsfreie Perioden mit 45% bewertet, beitragsfreigestellte Versicherungen mit 0%. Im laufenden Kalenderjahr beträgt der Anteilsatz bei beitragspflichtigen Versicherungen 0,91%, für beitragsfreie 0,60%. Endet die Versicherung durch Eintritt des Versicherungsfalls oder Rückkauf, erfolgt eine zeitanteilige Auszahlung, wenn seit Abschluss der Versicherung mindestens ein Drittel oder zehn Jahre der vereinbarten Dauer vergangen sind und die versicherte Person das 58. Lebensjahr vollendet hat und die Zeit bis zum Ablauf höchstens noch zehn Jahre beträgt.

Versicherungen der Teilbestände D (außer der Produktgruppe 2010) und B erhalten Schluss-Überschussanteile nach obiger Tabelle bei Wahl der Kapitalabfindung zum Ende der Aufschubzeit sowie bei vorheriger Beendigung entsprechend den Modalitäten der Kapitalversicherungen.

Versicherungen der Tarifgruppen A 1994 und A 1986 erhalten bei Wahl der Kapitalabfindung zum Ende der Aufschubzeit oder vorheriger Beendigung Schluss-Überschussanteile für jedes ab 1991 beitragspflichtig zurückgelegte volle Versicherungsjahr. Bemessungssumme ist das Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit; der Anteilsatz für das laufende Kalenderjahr beträgt 0,00‰.

Alle Schluss-Überschussanteile werden bei Ablauf der Anwartschaftszeit fällig. Endet die Versicherung durch Eintritt des Versicherungsfalls oder Rückkauf, erfolgt eine zeitanteilige Auszahlung, wenn seit Abschluss der Versicherung mindestens ein Drittel oder zehn Jahre der vereinbarten Dauer vergangen sind und in den Produktgruppen D 2008 und D 2008 A die versicherte Person das 58. Lebensjahr vollendet hat und die Zeit bis zum Ablauf höchstens noch zehn Jahre beträgt.

Versicherungen der Produktgruppen A 1995 und C 1995 erhalten bei Beendigung der Versicherung bis zum Ablauf der Anwartschaftszeit einen Treuebonus entsprechend den Modalitäten der Kapital-

versicherungen. Für das laufende Kalenderjahr beträgt der Treuebonus 0,55% der Bemessungssumme.

Versicherungen der Teilbestände D (außer der Produktgruppe D 2010) und B wird beim Abgang bis zum Ende der Anwartschaftszeit, bei Versicherungen der Produktgruppen D 2005 und jünger auch bei Wechsel in den Leistungsbezug, eine Nachdividende in Prozent des Deckungskapitals gezahlt, die gemäß den Modalitäten bei der Schluss-Überschussbeteiligung gewichtet wird. Der Prozentsatz beträgt 0,30% für jedes in unserem Bestand vollendete Versicherungsjahr, höchstens jedoch 6,00%. Die Nachdividende erhalten im laufenden Kalenderjahr alle Versicherungen, bei denen das Ausscheiden aus dem Bestand in den Zeitraum ohne Stornoabzug fällt.

Im Konsortialgeschäft mit MLP, das mit Rechnungsgrundlagen des federführenden Versicherers kalkuliert ist, gelten für unseren Anteil folgende Sätze (der Zusatz A in der Bezeichnung der Produktgruppen kennzeichnet Versicherungen nach dem Altersvermögensgesetz):

Produkt-/Tarifgruppe

	in der Aufschubzeit	Zins-Überschussanteile im Leistungsbezug mit		Schluss- Überschuss- anteile
		dyn. Erhöhung	Zusatzrente	
M 2007 A	1,75	2,00	-	25
M 2006 A	1,25	1,50	-	30
M 2005 A	1,25	1,50	-	30
M 2004 A	1,25	1,50	-	30
M 2001 A	0,75	1,00	-	-
M 2007	1,75	2,00	-	40
M 2005	1,25	1,25	-	50
M 2004	1,25	1,25	-	50
M 2001	0,90	0,75	-	-

Für Versicherungen der Produktgruppe M 2001 mit reduziertem Rechnungszins erhöht sich der Zins-Überschussanteil um 1,5%. Zusätzlich erhalten klassische Rentenversicherungen einen Kosten-Überschussanteil von 2,0% des maßgebenden Beitrags, in der Produktgruppe M 2001 von 3,0%. Ferner wird klassischen Rentenversicherungen beim Abgang aus dem Bestand eine Nachdividende in Höhe von 0,05% der Bemessungssumme, für die Produktgruppe M 2001 in Höhe von 0,25% gezahlt.

Zuteilung, Gewichtung und Fälligkeit der einzelnen Komponenten der Überschussbeteiligung richten sich nach den Modalitäten des führenden Versicherers.

E. Versicherungen, bei denen der Versicherungsnehmer das Kapitalanlagerisiko ganz oder teilweise trägt

Klassische Rentenversicherungen und Rentenversicherungen nach dem Alterseinkünftegesetz (Produktgruppen M 2007 und M 2005)

In der Aufschubzeit erhalten die Versicherungen für unseren Anteil laufende Zins-Überschussanteile von 2,0% des außerhalb der Fondsguthaben gebildeten Deckungskapitals in der Produktgruppe M 2007, für die Produktgruppe M 2005 in Höhe von 1,5%.

Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz (Produktgruppen D 2007 A, D 2006 A, D 2005 A, D 2004 A und D 2000 A und Produktgruppen M 2007 A, M 2006 A, M 2005 A, M 2004 A und M 2001 A)

In der Aufschubzeit erhalten die Versicherungen (im Konsortialgeschäft mit MLP für unseren Anteil) einen laufenden Zins-Überschussanteil in Prozent des außerhalb der Fondsguthaben gebildeten Deckungskapitals. Der Prozentsatz und die Verwendung stimmen mit dem der entsprechenden Produktgruppe für Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz (siehe D.) überein.

F. Selbstständige Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsversicherungen

Anwartschaftliche Versicherungen im Teilbestand D erhalten laufende Überschussanteile in Höhe von 20%, in der Produktgruppe D 2000 von 15% des Jahresbeitrags; für Einmalbeitragsversicherungen beträgt der Leistungsbonus 25% der versicherten Leistung bzw. 20% in der Produktgruppe D 2000.

Anwartschaftliche Versicherungen im Teilbestand A, die im laufenden Kalenderjahr enden, erhalten Schluss-Überschussanteile in Höhe von 20% der für volle Versicherungsjahre entrichteten Beiträge.

Für anwartschaftliche Versicherungen der Tarifgruppe B 1993 beträgt der Grund-Überschussanteil 10% des maßgebenden Beitrags, der Schluss-Überschussanteil bei Beendigung der Versicherung 3% der maßgebenden Beiträge.

In der Zeit des Rentenbezugs erhalten Versicherungen im Teilbestand D laufende Überschussanteile in Höhe von 1,75% des Deckungskapitals der Rente in der Produktgruppe D 2007, von 1,25% in der Produktgruppe D 2004 und von 0,75% in der Produktgruppe D 2000, für ältere Tarife im Teilbestand B 1,00%, sonst 0,50%. Er wird zum Schluss des im laufenden Kalenderjahr endenden Versicherungsjahres gewährt und zur Erhöhung der Rente verwendet, sofern die Versicherung mindestens ein Jahr im Leistungsbezug bestanden hat.

Im Konsortialgeschäft mit MLP, das mit den Rechnungsgrundlagen des federführenden Versicherers kalkuliert ist, erhalten anwartschaftliche Versicherungen für unseren Anteil einen Grund-Überschussanteil von 30% des maßgebenden Beitrags, der sich für Angehörige der Berufsgruppe A um 3%, in den Produktgruppen M 2004 und älter um 5% erhöht. Im Leistungsbezug erhalten Versicherungen für unseren Anteil laufende Überschussanteile in Höhe von 1,75% des Deckungskapitals der Rente, die sich für Versicherungen vor der Produktgruppe M 2007 auf 1,25% vermindern und für Versicherungen vor der Produktgruppe M 2004 noch 0,75% betragen.

Zuteilung, Gewichtung und Fälligkeit der einzelnen Komponenten der Überschussbeteiligung richten sich nach den Modalitäten des führenden Versicherers.

G. Restschuldversicherungen

Die Überschussbeteiligung wird ab Beginn der Versicherung als zusätzliche Versicherungsleistung (Todesfallbonus) gewährt. Dieser beträgt 50% der maßgebenden Versicherungssumme, mindestens jedoch 10% der Anfangsversicherungssumme für Versicherungen im Teilbestand B bis zur Tarifgruppe 1995 und 22,5% der bei Eintritt des Versicherungsfalles bestehenden Versicherungssumme im Teilbestand C.

H. Kapitalisationsprodukte

Die Überschussbeteiligung besteht aus einer quartalsweise garantierten Verzinsung des Guthabens, die per Direktgutschrift zugeteilt wird. Der Zinssatz beträgt für

das 1. Quartal 2009	3,25%
das 2. Quartal 2009	2,75%
das 3. Quartal 2009	2,75%
das 4. Quartal 2009	2,50%
das 1. Quartal 2010	2,25%
das 2. Quartal 2010	2,25%

II. Zusatzversicherungen

A. Berufs-/Dienst-/Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (BUZ/DUZ/EUZ)

Die Versicherungen erhalten eine laufende Überschussbeteiligung. Sie beträgt für die einzelnen Produkt- und Tarifgruppen:

Produkt-/Tarifgruppe

	während der Anwartschaft in % des Beitrags	im Leistungsbezug in % der Bemessungsgröße
D 2008	30	1,75
D 2007	30	1,75
D 2004	30	1,25
D 2000	22	0,75
B 1993	17	0,50
A 1990	12	0,50
C 1990	12	0,50
A 1986	22	0,50
C 1986	22	0,50
B 1982	5	1,00

Beitragspflichtigen Versicherungen wird ein laufender Überschussanteil in obiger Höhe ab Beginn der Versicherung in Teilbeträgen – entsprechend den für ein Versicherungsjahr entrichteten Beitragsraten – als Beitragsvorwegabzug gewährt. Stattdessen kann verzinsliche Ansammlung vereinbart werden. Weibliche Versicherte der Tarifgruppe B 1982 erhalten einen laufenden Überschuss von 20% des Beitrags.

Beitragsfreie Versicherungen (nicht im Teilbestand B) erhalten laufende Überschussanteile in Höhe der beitragspflichtigen Versicherungen; Bemessungssumme ist der Risikobeitrag. Diese

werden verzinslich angesammelt oder bei anwartschaftlichen Einmalbeitragsversicherungen als Leistungsbonus von 40% in den Produktgruppen D 2007 und D 2004, in der Produktgruppe D 2000 von 30% verwendet.

In den Teilbeständen A und C wird für beitragspflichtige Versicherungen bei Ablauf, Tod, Kündigung oder Eintritt der Berufsunfähigkeit eine einmalige Schlusszahlung in Prozent der ab 1993 (in der Tarifgruppe A 1986 der ab 1994) für volle Versicherungsjahre entrichteten Beiträge fällig. Männliche Versicherte der Tarifgruppen A 1986 und C 1986, die bei Fälligkeit das Alter 60 noch

nicht überschritten haben, erhalten 7,5%, ist das Alter 50 noch nicht überschritten, 15%. Für weibliche Versicherte gelten die doppelten Sätze. In den Tarifgruppen A 1990 und C 1990 erhalten alle Versicherten 10%.

Versicherungen im Leistungsbezug und beitragsfreie Versicherungen im Teilbestand B erhalten laufende Überschussanteile gemäß obiger Tabelle. Sie werden zum Schluss des im laufenden Kalenderjahr endenden Versicherungsjahres gewährt und zur Erhöhung der Rente verwendet oder, wenn nur Beitragsbefreiung versichert ist, verzinslich angesammelt.

Im Konsortialgeschäft mit MLP, das mit den Rechnungsgrundlagen des federführenden Versicherers kalkuliert ist, erhalten anwartschaftliche Versicherungen für unseren Anteil einen Grund-Überschussanteil von 30% des maßgebenden Beitrags, der sich für Angehörige der Berufsgruppe A um 3%, in den Produktgruppen M 2004 und älter um 5% erhöht. Im Leistungsbezug erhalten Versicherungen für unseren Anteil laufende Überschussanteile in Höhe von 1,75% des Deckungskapitals der Rente, die sich für Versicherungen vor der Produktgruppe M 2007 auf 1,25% vermindern und für Versicherungen vor der Produktgruppe M 2004 noch 0,75% betragen.

Zuteilung, Gewichtung und Fälligkeit der einzelnen Komponenten der Überschussbeteiligung richten sich nach den Modalitäten des führenden Versicherers.

Zusatzversicherungen der Tarifgruppe A 1924

Es wird ein Schluss-Überschussanteil in Prozent der für volle Versicherungsjahre entrichteten Beiträge allen Versicherungen gewährt, die im laufenden Kalenderjahr enden. Der Jahresanteil für den Schluss-Überschuss beträgt 22%. Endet die Versicherung bis zum Alter 60, steigt der Satz für männliche Versicherte auf 34,5%, für weibliche Versicherte auf 42,0%. Endet die Versicherung bis zum Alter 50, beträgt er für männliche Versicherte 47,0%, für weibliche Versicherte 62,0%.

B. Risiko- und Dread-Disease-Zusatzversicherungen

Die Überschussbeteiligung für Risiko- und Dread-Disease-Zusatzversicherungen zu Kapitalversicherungen (im Teilbestand D auch zu Rentenversicherungen) stimmt in der Form und bei Risiko-Zusatzversicherungen in der Höhe bis auf die nachstehenden Ausnahmen mit der Überschussbeteiligung der Risikoversicherungen überein.

Der Satz für die laufende Überschussbeteiligung beträgt 40% für die Produktgruppe B 1995, 45% für die Tarifgruppe B 1993, 55% für die Tarifgruppe B 1987 und 60% für Männer bzw. 70% für Frauen der Tarifgruppe A 1924. Der Satz für die laufende Überschussbeteiligung der Dread-Disease-Zusatzversicherungen beträgt 20% in den Produktgruppen D 2008 und D 2007, sonst 25%.

C. Unfall-Zusatzversicherungen

Für Versicherungen im Teilbestand B wird eine einmalige Schlusszahlung im Leistungsfall in Höhe von 20% der Versicherungssumme fällig.

D. Renten-Zusatzversicherungen

Die Zins-Überschussanteile aller Zusatzversicherungen im Leistungsbezug bemessen sich am Deckungskapital der Rente am Jahrestag der Versicherung im laufenden Kalenderjahr und werden zur Erhöhung der Rente verwendet. Grund- und Zins-Überschussanteile anwartschaftlicher Zusatzversicherungen werden verzinslich angesammelt. Andere Verwendungsformen können vereinbart werden.

Zusatzkomponenten zu den Renten-Produktgruppen im Teilbestand D

Alle Komponenten erhalten in der Anwartschaftszeit Zins-Überschussanteile, Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen zusätzlich Schluss-Überschussanteile und Nachdividende in gleicher Höhe und Form wie die zugehörige Rentenversicherung; im Leistungsbezug Zins-Überschussanteile wie Hauptversicherungen der entsprechenden Produktgruppe.

Zusatzkomponenten zur Renten-Produktgruppe A 1995

Für die Todesfalleistung der Produkte R4 und R5 wird ein Grund-Überschussanteil in Höhe von 30% des Risikobeitrags gewährt. Alle weiteren Komponenten erhalten Zins-Überschussanteile, Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen zusätzlich einen Treuebonus in gleicher Höhe und Form wie die zugehörige Rentenversicherung. Für Renten-Zusatzversicherungen im Leistungsbezug beträgt der laufende Überschussanteil 0,00%.

Zusatzkomponenten zu Rentenversicherungen im Teilbestand B

Anwartschaftliche Hinterbliebenen- und Beitragsrückgewähr-Zusatzversicherungen (auch zu Versicherungen im Leistungsbezug) erhalten Zins-Überschussanteile, Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen zusätzlich eine Schluss-Überschussbeteiligung in Form und Höhe der zugehörigen Rentenversicherung. Der laufende Überschussanteil für Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen im Leistungsbezug beträgt 0,00% für die Produktgruppe B 1995 und die Tarifgruppe B 1994 sowie 0,50% für die Tarifgruppe B 1986.

Renten-Zusatzversicherungen der Tarifgruppen A 1994 und A 1986

Renten-Zusatzversicherungen der Tarife R und S der Tarifgruppe A 1986 erhalten laufende Überschussanteile ab Versicherungsbeginn in Höhe von 15% des Tarifbeitrags.

Renten-Zusatzversicherungen des Tarifs T erhalten die Zins-Überschussbeteiligung in gleicher Höhe und Form wie zu ihrer Rentenversicherung. Zusätzlich wird für die Tarifgruppe A 1994 ein Grund-Überschussanteil von 30% des Risikobeitrags und ein Kosten-Überschussanteil von 1,80% der Versicherungssumme gewährt. Der Schluss-Überschussanteil für alle Versicherungen beträgt 1,20% der Bemessungssumme.

Renten-Zusatzversicherungen nach Tarif H erhalten die Überschussbeteiligung in gleicher Höhe und Form wie zu ihrer Rentenversicherung.

E. Arbeitsunfähigkeits-Zusatzversicherungen im Teilbestand C

Die Überschussbeteiligung wird ab Beginn der Versicherung in Form einer einmaligen Versicherungsleistung (einmalige Bonusrente) sowie altersabhängig in Form einer zusätzlichen Versicherungsleistung (zusätzliche Bonusrente) gewährt. Die einmalige Bonusrente beträgt 100% der jeweiligen Versicherungsleistung; die zusätzliche Bonusrente ab dem Alter 56 beträgt 40% der jeweiligen Versicherungsleistung.

III. Verzinsliche Ansammlung der Überschussanteile

Alle Versicherungen, für die kein Zins-Überschussanteilsatz deklariert ist oder deren Bemessungsgröße für den Zins-Überschuss sich am Deckungskapital orientiert, erhalten neben dem geschäftsplanmäßig garantierten Zins in Höhe des Rechnungszinses einen laufenden Ansammlungs-Überschussanteil, sodass sich das Ansammlungsguthaben insgesamt mit 4,00% verzinst.

IV. Beteiligung an Bewertungsreserven

Kapitalbildende Lebensversicherungen und anwartschaftliche Rentenversicherungen sind beim Ausscheiden aus dem Bestand oder Wechsel in den Rentenbezug zur Hälfte an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven, die zum 1. Börsentag des Vormonats vorhanden waren, nach einer verursachungsorientierten Maßzahl beteiligt. Maßzahl ist ein Prozent der Summe der verteilungsrelevanten Versichertenguthaben der letzten zehn Bewertungsstichtage, soweit diese nicht vor dem 31. Dezember 2002 liegen. Im Deklarationsjahr begünstigte Versicherungen erhalten eine Sockelbeteiligung von 0% dieser Maßzahl. Für Rentenversicherungen im Leistungsbezug erfolgt die Beteiligung an Bewertungsreserven durch eine Erhöhung der laufenden Renten zum Jahrestag der Versicherung. Die Erhöhung richtet sich nach dem erreichten Deckungskapital und der Höhe der Bewertungsreserven zum ersten Börsentag nach Ablauf des dritten Quartals des Vorjahres. Die Erhöhung beträgt für alle begünstigten Versicherungen 0% der erreichten Renten. Darüber hinaus werden Risiko- und anwartschaftliche Berufsunfähigkeits-(Zusatz-)Versicherungen mit abge-

kürzter Beitragszahlungsdauer oder in der beitragsfreien Phase an den Bewertungsreserven beteiligt. Die Auszahlung bei Vertragsbeendigung richtet sich nach einer mit einem vereinfachten Verfahren errechneten Maßzahl und der Höhe der Bewertungsreserven zum ersten Börsentag nach Ablauf des dritten Quartals des Vorjahres. Die Auszahlung beträgt 1% der errechneten Maßzahl. Die Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG nach einem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anerkannten Verfahren. Verträge, die nicht zum Altbestand gehören, werden nach dem gleichen Verfahren an den Bewertungsreserven beteiligt.

V. Direktgutschrift

Anwartschaftliche Rentenversicherungen erhalten eine Direktgutschrift von 4,00% des der Tarifgeneration zugeordneten Versicherungsnehmer-Guthabens abzüglich des hierauf entfallenden Rechnungszinses, jedoch nicht mehr als die deklarierten Zins-Überschussanteile, die bei Versicherungen aller Produkt-/Tarifgruppen vor D 2005 einer gesonderten Rückstellung zur Finanzierung der erhöhten Leistungsdauer im Rentenbezug zugeführt werden; bei Abgang in der Aufschubzeit erhöht sich die Leistung aus der Überschussbeteiligung entsprechend. In Gruppenversicherungsverträgen mit besonderer Vertragsabrechnung gelten die jeweils getroffenen Vereinbarungen.

Sonstige Angaben

Angaben gemäß § 251 HGB

Das Landesarbeitsgericht München hat am 15. März 2007 rechtskräftig entschieden, Entgeltumwandlungsvereinbarungen seien wegen Verletzung des gesetzlichen Wertgleichheitsgebotes unwirksam, wenn der Arbeitslohn in gezeillmerte Tarife der betrieblichen Altersversorgung investiert wird. Das Bundesarbeitsgericht hat diese Ansicht in seinem Urteil vom 15. September 2009 (Az. 3 AZR 17/09) nicht bestätigt. Danach verstoßen gezeillmerte Tarife bei Entgeltumwandlung nicht gegen das Wertgleichheitsgebot. Ein vollständiger Ausschluss der Haftung des Arbeitgebers bei Verwendung voll gezeillmelter Verträge kann aber laut Urteilsbegründung des BAG nicht gewährleistet werden, da der Einsatz solcher Tarife eine unangemessene Benachteiligung darstellen kann. Es wird aber als angemessen erachtet, wenn die Abschluss- und Vertriebskosten auf die ersten fünf Jahre verteilt werden, da dieses Vorgehen auch im Gesetz über die Zertifizierung von Altersvorsorgeverträgen (AltZertG) und seit 2008 auch im VVG vorgeschrieben wird. Aufgrund der zuvor unklaren Rechtslage hatten wir in den Jahren 2007 und 2008 eine Garantieerklärung für die jeweils aktuelle Produktpalette abgegeben. Hierdurch werden die Arbeitgeber unter bestimmten Voraussetzungen von Zahlungen freigestellt, zu denen sie aufgrund der Klage eines ausgeschiedenen Arbeitnehmers zur Auffüllung des Rückkaufwertes gerichtlich verurteilt werden sollten. Da wir ab 2008 aufgrund neuer gesetzlicher Vorschriften ohnehin eine Abschlusskostenverteilung auf fünf Jahre vorgenommen haben, könnte sich eine Haftung für uns nur aus den in 2007 abgegebenen Freistellungserklärungen bis längstens 2011 ergeben.

Von der Bildung einer Rückstellung konnten wir Abstand nehmen, weil es aufgrund der im Geschäftsverlauf zu beobachtenden Stornowahrscheinlichkeiten, der nun oberstgerichtlich festgestellten Rechtslage und der die Haftungsübernahme erheblich konditionierenden Voraussetzungen unwahrscheinlich ist, dass wir aus dieser Haftungs-freistellung in Anspruch genommen werden. Bisher wurden wir nicht in Anspruch genommen.

Im Bereich der Pensionsrückstellungen wurden Vermögensgegenstände zur Sicherung auf den DBV Winterthur Vorsorge e. V. übertragen. Zudem erfolgt eine Verpfändung der Erstattungsansprüche aus der Entgeltumwandlung an den Versorgungsberechtigten. Insgesamt beläuft sich die Summe auf 108,7 Mio. Euro (2008: 113,2 Mio. Euro).

Angaben gemäß § 285 Nr. 3 und 3 a HGB n.F.

Nachzahlungsverpflichtungen bei verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie sonstigen Kapitalanlagen sind in den Erläuterungen zu den entsprechenden Bilanzposten angegeben.

Die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Diese Sicherungseinrichtung schützt Versicherte vor den Folgen der Insolvenz eines Lebensversicherers. Hieraus ergibt sich vor allem die Chance, von den Kunden als sicherer Partner für ihre Risiko- und Altersvorsorge gesehen zu werden. Es besteht das Risiko, im Rahmen dieses Kollektivs der deutschen Lebensversicherer in Höhe der im Folgenden genannten Beträge in Anspruch genommen zu werden.

Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2‰ der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1‰ der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen aufgebaut ist. Hieraus ergeben sich für die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung keine zukünftigen Verpflichtungen mehr (2008: 0 Euro).

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1‰ der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 16,2 Mio. Euro (2008: 13,7 Mio. Euro).

Zusätzlich hat sich die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1% der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 146,0 Mio. Euro (2008: 122,9 Mio. Euro).

Angaben gemäß § 285 Nr. 7 HGB

Alle Mitarbeiterverträge unserer Gesellschaft sind auf zum Konzern gehörige Dienstleistungsgesellschaften übergegangen. Eine Angabe von Mitarbeiterzahlen entfällt daher.

Angaben gemäß § 285 Nr. 9 HGB

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen 580 Tsd. Euro (2008: 549 Tsd. Euro), die des Aufsichtsrates 107 Tsd. Euro (2008: 131 Tsd. Euro).

Die Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf 791 Tsd. Euro (2008: 933 Tsd. Euro). Für diese Personengruppe wurden zum 31. Dezember 2009 Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen in Höhe von 14.219 Tsd. Euro (2008: 14.214 Tsd. Euro) passiviert.

Am Jahresende bestanden keine Darlehen gegenüber Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern (2008: 0 Tsd. Euro).

Angaben gemäß § 285 Nr. 18 HGB

Zum Bilanzstichtag befanden sich derivative Finanzinstrumente in Form eines Devisentermingeschäftes und zwei Credit Default Swaps im Bestand, die zu Sicherungszwecken abgeschlossen wurden. Diese außerbörslich gehandelten Derivate werden mit auf den Finanzmärkten etablierten Bewertungsmethoden (z. B. Barwertmethode oder Optionspreismodelle) bewertet.

Der beizulegende Zeitwert der offenen Devisentermingeschäfte beträgt –0,7 Mio. Euro bei einem Handelsvolumen von 23,4 Mio. USD. Der Ausweis erfolgt in Form von Bewertungseinheiten im Rahmen der gesicherten Beteiligung.

Für die Credit Default Swaps mit einem Marktwert von –0,9 Mio. Euro wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von –0,9 Mio. Euro gebildet. Die Nominale der CDS als Stillhalter beträgt 87,5 Mio. Euro und als Inhaber 87,5 Mio. Euro.

Aufsichtsrat

Angaben gemäß § 285 Nr. 10 HGB

Herbert Falk

Vorsitzender
Verwaltungsratsvorsitzender der DBV
Öffentlich-rechtliche Anstalt für Beteiligungen
Wiesbaden

Ingrid Sehrbrock

stellv. Vorsitzende
stellv. Bundesvorsitzende
des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Bergfelde

Heidrun Feine

stellv. Betriebsratsvorsitzende
der AXA Niederlassung Wiesbaden
Wiesbaden

Bernhard Gertz

Ehrenvorsitzender des
Deutschen Bundeswehr-Verbandes
Bad Honnef

Ilse Schaad

Mitglied des Hauptvorstandes
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Berlin

Anne Schauer

stellv. Bundesvorsitzende
der Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Elz

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen

(seit 27. März 2009)
Leiter des Bereichs Politik und Planung
der ver.di-Bundesverwaltung
Köln

Hans-Jürgen Seiffert

stellv. Bundesvorsitzender
der Verkehrsgewerkschaft GDBA
Elmshorn

Frank Werneke

stellv. Bundesvorsitzender
der Gewerkschaft ver.di
Berlin

Vorstand

Angaben gemäß § 285 Nr. 10 HGB

Dr. Frank Keuper

Vorsitzender
Konzernkommunikation, Konzernrevision,
Konzernstrategie und Portfoliosteuerung,
Informationstechnologie, Logistik

Dr. Patrick Dahmen

Rechnungswesen, Planung, Controlling, Steuern,
Risikomanagement

Thomas Gerber (seit 1. Mai 2009)

Vorsorge

Wolfgang Hanssmann

Vertrieb, Marketing

Ulrich C. Nießen

Personal, Recht und Compliance,
Zentrale Dienste

Dr. Heinz-Peter Roß (bis 30. April 2009)

Vorsorge

Dr. Heinz-Jürgen Schwering

Kapitalanlagen, Asset Liability Management

**Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 14 HGB
und § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG**

Nach den vorliegenden Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 4 AktG hält die DBV Holding AG, Wiesbaden, 94,9% des Grundkapitals unserer Gesellschaft. Es besteht ein Beherrschungsvertrag mit der DBV Holding AG.

Im Verhältnis zur DBV Holding AG, Wiesbaden, sind wir ein Konzernunternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG in Verbindung mit § 18 Abs. 1 AktG.

Die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG, Wiesbaden, und ihre Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss der AXA, Paris, sowie in den Konzernabschluss der AXA Konzern AG, Köln, zum 31. Dezember 2009 einbezogen. Die AXA, Paris, stellt den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen auf, und die AXA Konzern AG stellt den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Der Konzernabschluss der AXA, Paris, wird bei der französischen Finanzaufsichtsbehörde in Paris (Autorités des Marchés Financiers) unter RCS (Registre du Commerce et des Sociétés) 572 093 920 hinterlegt. Der Konzernabschluss der AXA Konzern AG wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums für Justiz veröffentlicht.

Wiesbaden, den 6. April 2010

Der Vorstand

Dr. Keuper

Dr. Dahmen

Gerber

Hanssmann

Nießén

Dr. Schwering

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der ange-

wandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 14. April 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann
Wirtschaftsprüfer

ppa. Christofer Hattemer
Wirtschaftsprüfer

Anlagen zum Lagebericht

Betriebene Versicherungsarten

Lebensversicherungen mit Kapitalzahlung

Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall, auch für verbundene Leben**

Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall mit steigender Versicherungsleistung und Abrufmöglichkeit in den letzten fünf Jahren

Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall mit vorgezogener Leistung bei bestimmten schweren Erkrankungen, auch für verbundene Leben

Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall ohne Gesundheitsprüfung

Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall mit vorzeitigen Teilzahlungen

Versicherungen mit festem Auszahlungszeitpunkt
Versicherungen auf den Heiratsfall

Versorgung für den öffentlichen Dienst auf den Todes- und Erlebensfall sowie für den Fall der Berufs- und Dienstunfähigkeit

Versicherungen auf den Todesfall, auch für verbundene Leben**

Vermögensbildungsversicherungen

Familienschutz-Lebensversicherungen

Renten- und Pensionsversicherungen

Sofort beginnende Rentenversicherungen mit und ohne Todesfallleistung gegen Einmalbeitrag

Aufgeschobene Rentenversicherungen mit und ohne Todesfallleistung*

Pflegerentenversicherungen

Berufsunfähigkeitsversicherungen

Erwerbsunfähigkeitsversicherungen

Kreditlebensversicherungen**

Sonstige Lebensversicherungen

Aktienindexgebundene Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall

Fondsgebundene Lebensversicherungen auf den Todes- und Erlebensfall

Fondsgebundene Rentenversicherungen mit aufgeschobener Rentenzahlung*

Kapitalisierungsgeschäfte

Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen

Berufs-, Dienstunfähigkeits-Zusatzversicherungen**

Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

Todesfall-Zusatzversicherungen

Arbeitsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

Renten-Zusatzversicherungen**

Dread-Disease-Zusatzversicherungen

Für Tarife, die unterschiedliche Prämien oder Leistungen für Männer und Frauen vorsehen, erfolgt die Kalkulation nach von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. (DAV) anerkannten statistischen und versicherungsmathematischen Daten. Ausführlichere Informationen dazu finden Sie auf unserer Internetseite www.dbv.de.

* auch für zertifizierte Produkte gemäß AVmG sowie für Produkte gemäß AltEinkG
** auch in Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Bewegung und Struktur des Versich

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2009

Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft						
	Kapitalversicherungen ¹⁾					
	(nur Haupt- versicherungen)	(Haupt- und Zusatz- versicherungen)		(nur Haupt- versicherungen)		
	Anzahl der Versiche- rungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. Euro	Einmal- beitrag in Tsd. Euro	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. Euro	Anzahl der Ver- sicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	2.141.938	1.095.056		44.714.329	534.688	455.246
II. Zugang während des Geschäftsjahres						
1. Neuzugang						
a) eingelöste Versicherungsscheine	88.929	25.874	502.901	1.947.922	542	277
b) Erhöhung der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)	0	27.842	72.707	815.563	0	11.093
2. Erhöhung der Versicherungssummen durch Überschussanteile	–	–	–	258	–	–
3. Übriger Zugang	17	2.285	4.147	120.062	1.213	543
4. Gesamter Zugang	88.946	56.001	579.755	2.883.805	1.755	11.913
III. Abgang während des Geschäftsjahres						
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	21.563	4.949		129.199	3.141	1.526
2. Ablauf der Versicherung/Beitragsablauf	178.545	50.575		2.378.674	27.266	24.606
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	37.503	52.723		1.615.805	13.787	18.233
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang ²⁾	3.800	1.903		88.631	238	111
5. Übriger Abgang	3.315	564		150.635	–43	–2.018
6. Gesamter Abgang	244.726	110.714		4.362.944	44.389	42.458
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.986.158	1.040.343		43.235.190	492.054	424.701

Die Angaben zu den Beiträgen beziehen sich auf Haupt- und Zusatzversicherungen, die Angaben zu Anzahl und Versicherungssumme nur auf Hauptversicherungen

¹⁾ Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen

²⁾ Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen

erungsbestandes

Risikoversicherungen		Rentenversicherungen ²⁾		Einzelversicherungen		Kollektivversicherungen	
				Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro		in Tsd. Euro		in Tsd. Euro
68.313	31.262	318.368	255.776	59.806	54.078	1.160.763	298.694
3.377	2.195	7.602	8.066	8.430	-50	68.978	15.386
0	205	0	10.231	0	705	0	5.608
-	-	-	-	-	-	-	-
13	7	775	610	-2.722	-593	738	1.718
3.390	2.407	8.377	18.907	5.708	62	69.716	22.712
135	92	660	547	57	19	17.570	2.765
3.664	1.535	8.144	13.267	1.513	786	137.958	10.381
2.273	1.435	8.475	13.655	2.729	4.451	10.239	14.949
187	122	2.195	1.069	0	0	1.180	601
-14	-2	558	779	-1	114	2.815	1.691
6.245	3.182	20.032	29.317	4.298	5.370	169.762	30.387
65.458	30.487	306.713	245.366	61.216	48.770	1.060.717	291.019

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen) im Geschäftsjahr 2009

Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
			Kapitalversicherungen ¹⁾	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. Euro
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	2.141.938	44.714.329	534.688	13.682.862
davon beitragsfrei	(754.549)	(6.768.121)	(93.333)	(958.011)
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.986.158	43.235.190	492.054	12.807.917
davon beitragsfrei	(676.342)	(6.494.728)	(88.101)	(905.800)

¹⁾ Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen

²⁾ Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2009

Zusatzversicherungen insgesamt				
			Unfall-Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. Euro
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	1.227.717	28.874.817	549.655	5.784.965
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	995.942	27.808.858	524.128	5.447.478

D. Bestand an in Rückdeckung übernommenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2009

1. Versicherungssumme am Anfang des Geschäftsjahres	322.252 Tsd. Euro
2. Versicherungssumme am Ende des Geschäftsjahres	581.723 Tsd. Euro

E. Beitragssumme des Neuzugangs im Geschäftsjahr 2009

	1.638.533 Tsd. Euro
--	---------------------

Risikoversicherungen				Einzelversicherungen		Kollektivversicherungen	
Risikoversicherungen		Rentenversicherungen ²⁾		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro		in Tsd. Euro		in Tsd. Euro
68.313 (7.786)	3.043.269 (108.123)	318.368 (67.674)	13.884.083 (1.345.763)	59.806 (9.042)	1.595.643 (186.372)	1.160.763 (576.714)	12.508.472 (4.169.852)
65.458 (7.711)	2.898.988 (112.491)	306.713 (67.294)	13.937.629 (1.339.829)	61.215 (17.568)	1.772.492 (508.318)	1.060.717 (495.668)	11.818.164 (3.628.290)

Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro		in Tsd. Euro
250.471	20.074.206	13.855	436.687	413.736	2.578.959
123.781	19.899.426	12.583	400.151	335.450	2.061.803

Herausgeber
DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG
Wiesbaden

Redaktion:
AXA Konzern AG, Köln
Konzernkommunikation

Satz:
LSD GmbH & Co. KG
Düsseldorf

Herstellung:
klr mediapartner
Druck und Medien GmbH
Lengerich (Westf.)

Printed in Germany

DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden
Telefon: (0 180 3) 32 84 00 *
Telefax (0 180 3) 20 26 13 *
E-Mail: service@dbv.de

* 9 Cent aus dem deutschen Festnetz,
Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute

Spezialist für den Öffentlichen Dienst 